

59
Mai/Juni '96
10. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Kurdistan

- ERNK-Erklärung
- Interview mit Apo Öcalan

Türkei

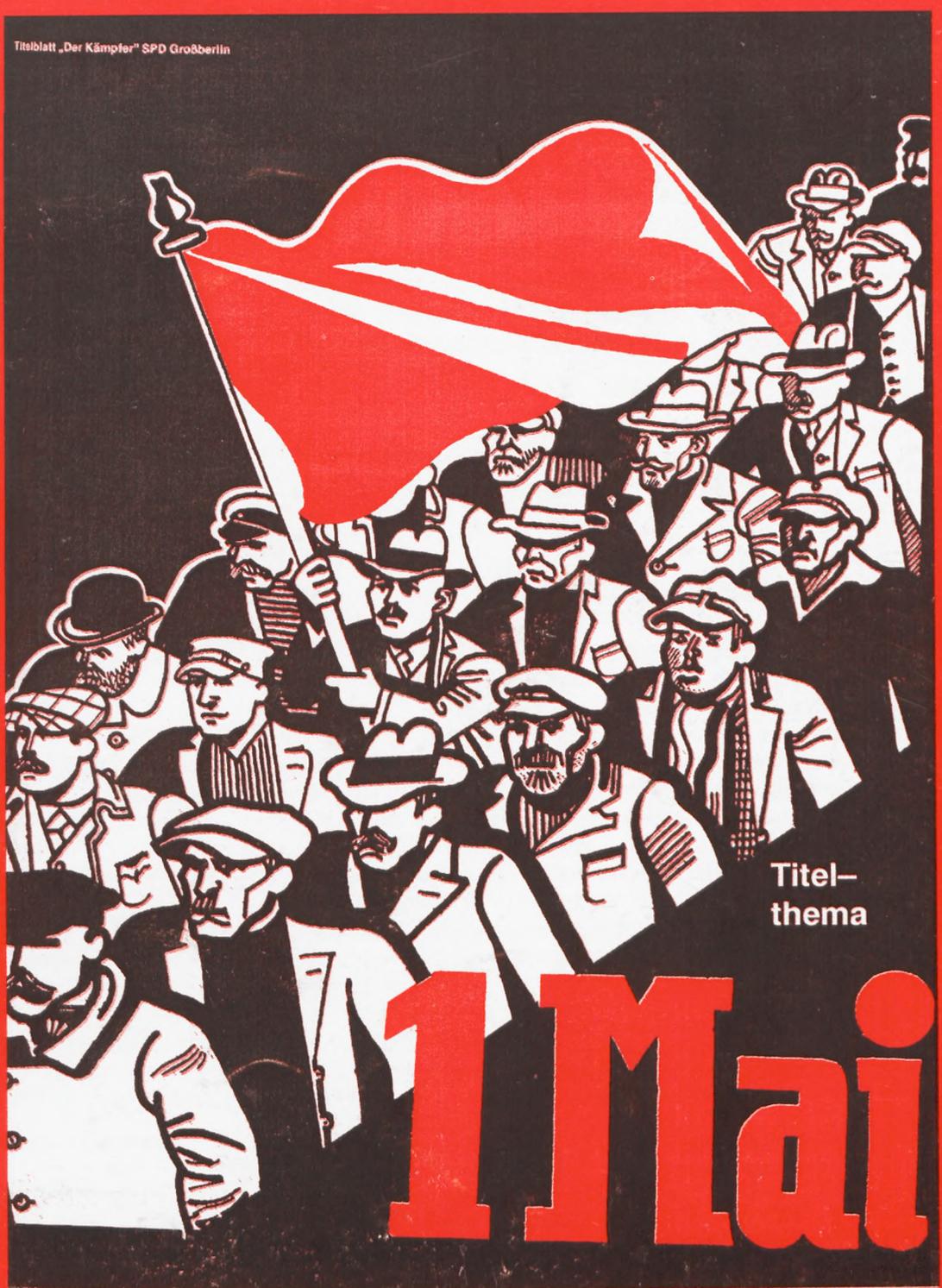
- MLKP-Veranstaltung
- Verbot der Zeitung EVRENSEL

Neonazis

- Nazi-Hochburg Kreis Recklinghausen
- Der faschistische Mörder Thomas L.

Mexiko

- Im Netz von Neoliberalismus und Freihandelsabkommen (NAFTA)



Inhalt

- 3 **Editorial**
- Bericht**
- 4 Der 1.Mai 1996
- 13 Newrozfest in Recklinghausen
- 20 Solidaritätsveranstaltung der NLKP zu Gazi
- 24 Der faschistische Mörder Thomas L.
- 29 Ostermarsch 1996
- 30 Kreis Recklinghausen - Hochburg des Neofaschismus

Dokumentation

- 6 Vorgeschichte des 1.Mai
- 8 Erklärung des Internationalen Antifaschistischen Komitees Ruhrgebiet zum 1.Mai
- 10 Erklärung der ERNK
- 14 Verbot der Zeitung EVRENSEL
- 15 Brief an Klaus Bednarz
- 18 Demokraten in den Knast (Türkei)
- 12 Interview mit Apo Öcalan

Analyse/Debatte

- 16 Newroz in den Medien
- 21 Türkischer Islam und deutsche Linke

33 Leserbrief

Material

- A Mexiko: Neoliberalismus und NAFTA
- F Mexiko - Solidaritätsveranstaltung in Essen



Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
 Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:
 Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung
 montags, ab 20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
 Druck: Lupen Druck Duisburg

Redaktionsschluß für Nr. 60: 24.6.96

Editorial

"**Aufruhr ! Widerstand ! Schulte hat kein Hinterland**" schallte es dem DGB-Chef Dieter Schulte am diesjährigen **1. Mai** in Berlin um die Ohren - die DGB-Führung bekam hier wie anderswo die Quittung für ihre Kungelei mit Staat und Konzernen.

Weil das Flugblatt des Antifaschistischen Bundes (AFB) in Recklinghausen angeblich gewerkschaftsfeindlich sei, wurde ihm von einem DGB-Funktionär mit Entfernen des Info-Standes gedroht - ja, wer tritt denn den Arbeiterinteressen feindlich gegenüber ?

Am 1. Mai dieses Jahres konnten wir zum ersten Mal seit langen Jahren wieder Ansätze eines internationalistischen, klassenkämpferischen Auftretens von deutschen und ausländischen KollegInnen erleben, was auch dazu beitrug, daß der DGB die schon abgesagte Demo in Duisburg unter dem Druck der Basis doch durchführen mußte und auch die Polizei nicht, wie angedroht, eingriff, obwohl PKK-Fahnen gezeigt wurden !

Vorgeschichte des 1. Mai und Berichte über Mai-Aktionen aus verschiedenen Städten bilden das zentrale Thema dieser Ausgabe.

Wie fast in allen vergangenen Ausgaben berichten wir auch in dieser wieder ausführlich über den **Kampf der KurdInnen und TürkInnen**.

Hervorzuheben ist dabei der Bericht über eine **Solidaritätsveranstaltung der MLKP** in der **Kölner Sporthalle** anlässlich des 1. Jahrestags der Ereignisse von Gazi. Vor über 8000 begeisterten TeilnehmerInnen trat neben vielen namhaften Künstlern auch "**Grup Yorum**" auf, die bei einem verbotenen Konzert des Internationalen Freundschaftsvereins in Castrop-Rauxel Ende des vergangenen Jahres noch als Verbotgrund hatte herhalten müssen !

Der **Kreis Recklinghausen** gerät zunehmend in die bundesweiten Schlagzeilen: Zum einen durch den **faschistischen Mörder Thomas Lemke** aus Gladbeck, zum anderen durch eine erneute Razzia der Recklinghäuser Polizei gegen Mitglieder der "**Kameradschaft Recklinghausen**", bei der am 24. April in zehn Städten des Kreises 47 Wohnungen durchsucht wurden.

Was "ging" sonst noch "ab" ?

Ostern wurde wieder "marschiert" - wir berichten kurz und (ein wenig) bissig.

Fikri Arslans Analyse über den "**Islam und die deutsche Linke**" kommt endlich zum Abdruck.

Die "**Gelben Seiten**" dokumentieren eine Analyse über die **Lage in Mexiko** sowie einen Bericht über eine Mexiko-Solidaritätsveranstaltung in Essen mit einer Vertreterin der **OCSS** (Organisation der Bauern des Südgebirges). Die Initiative der **EZNL** (wir berichteten in Ausgabe 58) für internationale Konferenzen auf allen fünf Kontinenten kommt offenbar voran.

Ein **Leserbrief** beschäftigt sich kritisch mit unserer Darstellung der **Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration** in Berlin Anfang dieses Jahres. Vor allem hätten wir den Artikel aus dem ND nicht kommentarlos abdrucken sollen.

Es waren zwar zwei AntifaZ-Redaktionsmitglieder auf der Demo - aus Zeitgründen kamen sie aber nicht dazu, einen Artikel fertigzustellen. Daß wir stattdessen den ND-Artikel abdruckten, finden wir nicht so verwerflich, haben auch die zitierten Sätze von der "Ehre der Sozialdemokratie" nicht eigens kommentiert, weil wir davon ausgegangen sind, daß unsere LeserInnen die geschichtliche Rolle von SPD-Mitgliedern wie Gustav Noske kennen.

Außerdem sprachen unseres Erachtens die von uns zitierten Liebknecht- und Luxemburg -Texte für sich.

Daß wir nach Möglichkeit zu allen wichtigen Ereignissen eigene Artikel schreiben, ist für uns ein wichtiges Redaktionsprinzip - aber Berichte von anderen zu übernehmen, halten wir nicht für prinzipiell verwerflich.

Was sonst noch drinsteht - entnehmt es dem Inhaltsverzeichnis.

PS: Der 2. Teil der "**(UN)heimlichkeiten des Nazi-Faschismus**" mußte leider erneut rausfallen - kommt nun aber (vielleicht) in der nächsten Ausgabe.

Für die AntifaZ-Redaktion

WT

DER 1. MAI 1996

Nach langer Zeit war der 1. Mai in Deutschland wieder einmal auch ein Tag, der auf seine historische Bedeutung Bezug nahm.

Und dies lag nun gerade nicht an den zahlreichen DGB-RednerInnen, die häufig wegen ihrer kompromißlerischen Haltung gegenüber Unternehmern und Regierung auf heftigen Unmut und Pfeifkonzerte stießen, wie dies insbesondere DGB-Chef Schulte in Berlin erlebte.

Es lag in erster Linie daran, daß in einer Reihe von Städten zum ersten Mal wieder Widerstand von der Basis ausging.

Es lag weiterhin daran, daß in vielen Städten ausländische KollegInnen in kämpferischer und revolutionärer Weise an Mai-Aktionen teilnahmen.

Hatten die Gewerkschaftsführer noch wenige Tage vor dem 1. Mai auf einen versöhnlichen, kulturbetonten 1. Mai gesetzt, in welchem die kritischen Töne zum Regierungskurs nur sparsam auftauchen sollten, wurden sie durch den allgemeinen Protest an der Basis gegen die "Liste der Grausamkeiten", den breiten Angriff der Kohlregierung auf soziale und demokratische Rechte, aufgeschreckt und versuchten noch in letzter Minute, kämpferische Töne zu finden. Die wurden ihnen dann von vielen nicht mehr geglaubt.

Zentrale Maikundgebung in Berlin:

"DGB-Führung weg!" - dies war die Parole auf dem größten Transparent, das die oppositionellen GewerkschafterInnen direkt gegenüber der Rednertribüne plazierte hatten. DGB-Chef Schulte mußte gegen ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert anreden, über 20 000 Menschen hatten sich auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus versammelt, mindestens die Hälfte von ihnen in Opposition zur DGB-Führung.

Und die bestanden keineswegs in erster Linie aus linken oder revolutionären Organisationen, sondern waren größtenteils "ganz normale" GewerkschafterInnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen beispielsweise, die sich bewußt dem "außerparlamentarischen Bündnis von 120 Gruppen" angeschlossen hatte, so einer ihrer Sprecher.

Dem "Bündnis für Arbeit", dem Klassenkampf von oben, müsse ein "Bündnis von unten" entgegengesetzt werden. Die Parolen waren eindeutig:

"Aufruhr! Widerstand! Schulte hat kein Hinterland!" oder "1500 Mark für alle! Sonst pausenlos Krawalle!" Das wird den Herren sicher gar nicht gepaßt haben.

Ein Desaster für die Gewerkschaftsführung wurde auch die Absprache zwischen DGB, kurdischen Organisationen und Polizei.

Vereinbart war, daß die Polizei nur dann eingreifen sollte, wenn verbotene PKK-Symbole gezeigt würden.

Und dies auch erst nach vorheriger Konsultation mit der gewerkschaftlichen Einsatzleitung.

An diese Vereinbarung hielt sich die Polizei nicht.

Einzelne Träger von Fahnen mit Hammer und Sichel wurden am Kundgebungsort von Polizisten zusammengeschlagen. In einem Fall überrannten die Polizisten bei der Jagd nach einem Kurden einen Kinderwagen, das Kind mußte ins Krankenhaus.

Burkhard Bundt, Funktionär der IGM in Berlin: "Das wird ein Nachspiel haben.."

Über 10 000 Menschen nahmen auch an der "Revolutionären 1. Mai - Demonstration" teil, die sich gegen die Räumung besetzter Häuser, Sozialabbau und den Regierungsumzug richtete.

Mit 4500 Polizisten griff die Polizei die zunächst friedlich verlaufende Demonstration an, vor allem im Stadtteil Prenzlauer Berg kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, als sich die DemonstrantInnen mit Steinen gegen Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas zur Wehr setzten.

Revolutionärer 1. Mai auch in Duisburg - Marxloh.

Mehrere tausend Menschen demonstrierten gegen Sozial- und Demokratieabbau, die Demonstration war eine große Manifestation internationaler Solidarität, türkische und kurdische Organisationen prägten das Bild.

Der DGB hatte sich kurzfristig doch noch entschlossen, an der Demo teilzunehmen. Ursprünglich hatte der DGB auf seine traditionelle Mai-Demonstration verzichtet und nur ein Kulturfest in der Duisburger Innenstadt durchführen wollen, aber der Druck von unten war stärker.

Druck auf den DGB hatte hier (wie auch in allen anderen

Städten) die örtliche Polizei ausgeübt mit der erpresserischen Forderung, der DGB möge auf die Demonstration verzichten, um das Auftauchen von der PKK zugeordneten Fahnen zu unterbinden.

Die tauchten dann auf der Demo vereinzelt dennoch auf, und - man höre und staune - die Polizei griff diesmal nicht ein. Vermutlich war ihr nicht an einer Auseinandersetzung mit mehreren tausend revolutionär gestimmten ausländischen und auch einigen hundert auch schon recht wütenden deutschen KollegInnen gelegen.

sehr alte Bergbaukollegen stolz in den Uniformen ihrer Bergmannskapellen aufmarschierten - typisch für das völlig gebrochene Verhältnis der Recklinghäuser Stadtspitze jedoch der Aufmarsch der Reiterstaffel: Einträchtig nebeneinander die staatlichen Ordnungshüter aus Kaisers, Weimarer und heutigen Zeiten (nur die Zeit von 33-45 war noch ausgespart) mit berittenen Kumpels in Uniformen von Knappenvereinen - dabei sind es gerade die Bergleute gewesen, die so oft von den Säbeln und Knüppeln der Staatsgewalt von der Straße

verschiedenen Ländern, ein kurdischer Sänger aus Waltrop trat auf.

Die Versammlung war sich einig, daß diese Veranstaltung der Auftakt für eine organisierte sozialistische Politik in Recklinghausen war, die in der Zukunft neue Akzente setzen wird.

Der 1. Mai in Istanbul

Wie schon so oft war der 1. Mai in der Türkei erneut von brutalen Übergriffen der faschistischen Polizei geprägt.

Über 100 000 Menschen nahmen allein an der Mai-Demonstration in Istanbul teil. Als die Polizei Demonstranten durchsuchen wollte, setzten sich diese dagegen zur Wehr. Die Polizei eröffnete das Feuer und erschoss drei Demonstranten.

Auch in Izmir und anderen Orten kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.



(Bild: WAZ vom 2.5.96)

Und wie immer - Fest der Klassenversöhnung in Recklinghausen

Landes"vater" Rau war gekommen, 1000 Bergknappen in Traditionsuniformen waren erschienen, von "Kampftag der Arbeiterklasse" war mal wieder keine Rede in Recklinghausen. Stattdessen erging man sich in Lobreden auf die in diesem Jahr 50 Jahre alten Ruhrfestspiele.

Überhaupt die Tradition: Man wurde schon von gespaltenen Gefühlen gepackt, wenn teils

geprügelt worden waren.

Einen kleinen kämpferischen Gegenpol hatte eine gemeinsame Mai-Veranstaltung von PDS, DKP, Internationalem Freundschaftsverein und Antifaschistischem Bund (AFB) am Vorabend des 1. Mai im Internationalen Zentrum gesetzt.

Etwa 35 Menschen feierten gemeinsam einen internationalen 1. Mai, Beiträge in deutscher, kurdischer und türkischer Sprache wurden gehalten, die Musikgruppe des Freundschaftsvereins sang Lieder der Arbeiterbewegung aus

Faschisten versuchen, den Maifeiertag zu vereinnahmen

In Berlin-Marzahn marschierten 300 Neonazis auf und skandierten Parolen wie "1. Mai - Chaotntag !" oder "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter !"

Zunächst für Nürnberg geplant, dort verboten, wurde kurzfristig über die "Nationalen Infotelefone" nach Berlin mobilisiert. Hier war die Demo zunächst auch verboten, wurde dann aber vom Berliner Oberverwaltungsgericht genehmigt.

Starke Polizeikräfte schützten die Nazis vor den am Rand stehenden Gegendemonstranten. Auch in München versuchten Faschisten, den 1. Mai für sich zu vereinnahmen. Der Bund Freier Bürger hatte zu einer Veranstaltung in den Löwenbräukeller aufgerufen, vor 1000 Besuchern übte sich Parteichef Brunner (ex-FDP) in übelster faschistischer Hetze. Es gebe in Deutschland wie bei einem Menschen "Bazillen, Viren oder Krankheitserreger, die den Menschen anfechten". Heute komme es darauf an, "das

Immunsystem des deutschen Volkes zu stärken."

Als Gastredner trat ein ehemaliger General auf, Reinhard Uhle-Wettler. Dieser forderte eine Geschichtsschreibung, die nicht "durch gesetzliche Verbote und volkspädagogische Vorgaben behindert" werden dürfe. In den "Streitkräften" gebe es einen "zerstörerischen

Pluralismus", die Bundesrepublik befinde sich "auf ewig in antifaschistischer Geiselhaft".

Fazit des diesjährigen 1. Mai

Insgesamt waren die kämpferischen Töne auf den Kundgebungen erfreuliche Verbote eines stärkeren Widerstandes gegen Staat und Konzerne. Viele Menschen waren zum

ersten Mal auf die Straßen gegangen.

Mag Blüm auch provozierend behaupten, am 2. Mai kehre "der Alltag" wieder ein, er möge sich gewaltig täuschen.

Stephan W. Born (AFB Recklinghausen)

WIE ENTSTAND DER 1. MAI ?

Ein paar Informationen zur Vorgeschichte

Der 21. April 1856 in Australien

Bereits am 21. April 1856 wurde den Arbeitern des Baugewerbes der britischen Kolonie Victoria in Australien ein achtstündiger Arbeitstag zugestanden. Andere Produktionszweige folgten.

Von 1856 an wurde der 21. April zu einem jährlich wiederkehrenden Feiertag, an dem sowohl Unternehmer als auch Arbeiter an einem gemeinsamen Festzug teilnahmen.

Obwohl bei diesem Fest keine direkte historische Verbindung mit der Mai-Feier nachzuweisen ist, gehört es doch durch den inhaltlichen Zusammenhang zu der Vorgeschichte des 1. Mai.

Der 8-Stunden-Tag in Australien war ein Ergebnis der besonderen ökonomischen Verhältnisse in Australien. Es besaß im Gegensatz zu Europa wenig Industrie, wenig Arbeitskräfte und für die zukünftige Entwicklung keine industrielle Reservearmee. Zusätzlich bestand wegen der Größe des Landes eine ständige Rückzugsmöglichkeit der Arbeitskräfte in die Landwirtschaft.

Umgekehrt wurden in Europa, vor allem in England, wo damals die kapitalistische Produktionsweise am höchsten entwickelt war, immer größere Teile der besitzlosen Landarbeiter in

die Industrie der Großstädte gezwungen. Das Konkurrenzsystem unter den Arbeitern wurde dementsprechend perfektioniert. Das geringe Einkommen der männlichen Arbeitskräfte nötigte ständig mehr Frauen und Kinder in die Fabriken und Bergwerke. Lohnrückerei wurde die Regel, Arbeitszeiten von vierzehn, sechzehn, ja sogar achtzehn Stunden waren damals keine Seltenheit.

Labor Day und Moving Day

"In Erwägung, daß durch das Gesetz verschiedene Jahrestage in Erinnerung an wichtige Ereignisse zu Ruhetagen geworden sind, in Erwägung, daß kein einziger sich auf die Arbeitssäußerung bezieht, erklärt der C.L.U. den ersten Montag im September des Jahres zum Labor-Day und beschließt, daß dieser Tag als Ruhetag betrachtet wird."

Das beschloß 1885 die Zentrale Arbeitergewerkschaft (Central Labor Union, CLU) und erklärte 1887 den ersten Montag des September in fast allen nordamerikanischen Städten zum gesetzlichen Feiertag.

Mit Einschränkung kann man diesen Labor Day mit dem 1. Mai in Verbindung bringen. Der Labor Day war Ausdruck der sich entwickelnden Arbeiterbewegung und entsprach auch dem Bedürfnis nach einer

gemeinsamen Feier der Arbeitenden.

Noch unmittelbarer ist jedoch der Moving Day als ein Vorläufer des 1. Mai zu betrachten.

Der 1. Mai 1886 in den USA

Am Moving Day, der jährlich am 1. Mai stattfand, wurden in den USA von den Unternehmern neue Verträge geschlossen und Lieferungen vereinbart. Am gleichen, vom Staat festgelegten Tag, handelten auch die Arbeiter ihre Arbeitsbedingungen aus.

1883 gelang es zum Beispiel den Holzarbeitern, den Stücklohn abzuschaffen und einen neunstündigen Arbeitstag durchzusetzen.

1885 beschloß die **Federation of Organised Trade and Labor Unions** eine Kampagne für den 8-Stunden-Tag. Von einem bestimmten Tag an sollte kein Arbeiter mehr länger als 8 Stunden arbeiten müssen. Dieser Tag sollte der 1. Mai 1886 sein.

Durch seinen dramatischen Verlauf und die daraus resultierenden Folgen gestaltete sich dieser 1. Mai 1886 in Chicago zu einem denkwürdigen Tag der internationalen Arbeiterbewegung. Er hat drei Jahre später stattfindenden Internationalen Sozialistenkongreß in Paris, der den 1. Mai als **Internationalen Kampftag der**

Arbeiter beschloß, starke Impulse gegeben.

Die Ereignisse auf dem Chicagoer Heumarkt vom 4. Mai 1886

Die Ereignisse auf dem Hay Market in Chicago sind untrennbar mit der großen amerikanischen Acht-Stunden-Tag-Bewegung verbunden, deren letzter Kulminationspunkt der 1. Mai 1886 war.

Während sich Arbeiter und Kapitalisten auf den am 1. Mai erwarteten großen Kampf vorbereiteten, brach am 16. Februar 1886 in der Ackerbaugeräte-Fabrik McCormick in Chicago ein Konflikt aus, die Fabrik wurde geschlossen und 1200 Arbeiter auf die Straße geworfen. Am 2. März fand eine Massenversammlung der Ausgeschlos-

wagen geworfen und in Gefängnisse verfrachtet.

Diese stürmischen Szenen hatten natürlich die Gemüter aller Arbeiter in Chicago erhitzt, in allen Teilen der Stadt wurden abendliche Versammlungen abgehalten, auf denen die später ermordeten Genossen oft die Hauptredner waren. Die **Arbeiterzeitung**, zu deren Redakteuren **Spies** und Schwab gehörten, war auch die Hauptkämpferin für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Am Sonntag vor dem 1. Mai hielt die CLU von Chicago eine 8-Stunden-Tag-Massenversammlung ab, Hauptredner waren Spies, Parsons, **Fielden** und Schwab.

Am 1. Mai legten mehr als 25 000 Arbeiter ihre Werkzeuge nieder und verlangten die Ein-

die so die eigenen Leute erschöß.

In den nächsten Tagen wurde jeder, der mit der **Internationalen Arbeiter-Assoziation** auch nur entfernt etwas zu tun hatte, verfolgt, eingesperrt und eingeschüchert. Die **Arbeiterzeitung** wurde zuerst suspendiert und später unter Zensur der Polizei wieder herausgegeben. Eine große Zahl von Verhaftungen fand statt. "Geständnisse" wurden in brutaler Weise erzwungen, und schließlich wurde gegen Spies, Fielden, Parsons, Schwab, **Engel, Lingg, Fischer** und **Neebe** Anklage wegen Mordes erhoben.

Von diesen Angeklagten waren zur Zeit der Explosion der Bombe nur Spies und Fielden auf dem Heumarkt.

Die Anklage wollte "Blut um Blut", sie wollte eine Verurteilung um jeden Preis. Es galt nicht nur, die getöteten Polizisten zu rächen, es galt insbesondere, in den Angeklagten die Arbeiterbewegung insgesamt zu treffen.

"Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgejagt werden", rief Staatsanwalt Grinnell aus.

Die Chicagoer **Times** hatte kurz vorher über die Arbeitslosen geschrieben: "Es ist sehr hübsch, wahres Elend zu bessern, aber die beste Mahlzeit für einen lumpigen Tramp ist Blei. Man sollte genug Portionen geben, um ihren Appetit und ihre Gefräßigkeit zu stillen."



Die Opfer vom Chicagoer Heumarkt

senen statt. **A.N. Parsons** und **Michael Schwab** hielten Reden. Diese Versammlung war auch deshalb einberufen worden, um gegen die bewaffnete Intervention von 400 Polizisten und 300 bis an die Zähne bewaffneten "Pinkertonianern" (Privatpolizei, die von Fabrikanten bei Streiks gegen die Arbeiter aufgeboden wurden) zu protestieren.

Viele Arbeiter wurden zu Boden geknuppelt, in die Patrouillen-

führung des 8-Stunden-Tages, am 4. Mai stieg die Zahl auf das Doppelte.

Eine Bombe, die, von unbekannter Hand geworfen, auf dem Chicagoer Heumarkt in die Reihen der die Versammlung ungesetzlich sprengenden Polizisten fiel, tötete in Verbindung mit dem darauf folgenden Revolverfeuer 7 Polizisten und verwundete 60 weitere.

Das Revolverfeuer ging im wesentlichen von der Polizei aus,

Internationaler Sozialisten-Kongreß, Paris 1889

Auf Antrag des französischen Delegierten **Lavigne** beschloß der **Internationale Arbeiterkongreß der 2. Sozialistischen Internationale** Forderungen zum Arbeitsschutz, zur Arbeitszeit und zum Verbot der Kinderarbeit.

Um diesen Forderungen mehr Gewicht zu geben, sollte eine internationale Manifestation am 1. Mai 1890 stattfinden.

Im Antrag wurde, nicht zuletzt durch das Einwirken der deutschen Delegationsteilnehmer, die Gestaltung dieser Mai-Feier den jeweiligen nationalen Bedürfnissen untergeordnet. In diesem Beschluß ist noch an keiner Stelle von einer allgemeinen Arbeitsruhe die Rede. Dennoch lag die Bedeutung der

Resolution einerseits in der Unterstützung der Mai-Demonstrationen der amerikanischen Arbeiterbewegung, andererseits vor allem in ihrem internationalen Charakter.

Erst nach harten Kämpfen wurde in Deutschland zum ersten Mal der 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag erklärt,

schon der 1. Mai 1920 wurde allerdings in den verschiedenen Ländern des Deutschen Reiches behindert und wieder aufgehoben.

(Quelle: U. Achten, **Illustrierte Geschichte des 1. Mai**, Asso Verlag 1979)

INTERNATIONALES ANTIFASCHISTISCHES KOMITEE RUHRGEBIET

ERKLÄRUNG ZUM 1. MAI

Am 24. April haben wir, verschiedene ausländische und deutsche antifaschistische, demokratische und sozialistische Gruppen und Organisationen, uns in Bochum zu einem Aktionsbündnis gegen Faschismus jeglicher Form oder Nation, gegen Demokratieabbau und staatliche Notstandsmanöver, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zusammengeschlossen.

Wir wollen in Zukunft vor allem gemeinsam gegen deutsche und ausländische Faschisten im Ruhrgebiet vorgehen.

Wir wollen einen Beitrag leisten zur internationalen Solidarität und zur Völkerfreundschaft.

Wir wollen in der nächsten Zeit vor allem den gerechten Freiheitskampf des kurdischen Volkes unterstützen und gegen die Unterdrückung der KurdInnen durch die Zusammenarbeit des deutschen und türkischen Staates bekämpfen!

Gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und staatlichen Notstand!

Es lebe der gerechte Freiheitskampf des kurdischen Volkes und aller unterdrückten Völker!

Der 1. Mai ist der gemeinsame internationale Kampftag der ArbeiterInnen und der unterdrückten Völker!

Der 1. Mai 1996 steht international im Zeichen einer wachsenden imperialistischen Aggression gegen die Völker der Welt, aber auch eines zunehmenden Widerstands der unterdrückten Völker. Ob im Nahen Osten, in Ostasien, in Lateinamerika, in Kurdistan oder der Türkei - die Völker sind immer weniger bereit, ihre Unterdrückung und Ausbeutung länger kampflos hinzunehmen.

Der bewaffnete Aufstand der Zapatisten in Mexiko, der Kampf des kurdischen Volkes, sie machen deutlich, daß die Macht der Imperialisten nicht ewig dauert.

In Deutschland haben Konzerne und Regierung einen bisher beispiellosen Angriff gegen die soziale Lage der Bevölkerung begonnen.

Alte und Kranke, Arbeitslose und Arbeiter, Rentner und

sozial Schwache - auf breiter Front wird bei denen kassiert, die sowieso schon fast nichts mehr haben.

Den Konzernen, die seit Jahren Höchstgewinne einfahren, soll noch mehr zugesoben werden

Staatlicher Notstand gegen das kurdische Volk!

Seit Monaten unterdrückt der deutsche Staat jegliche demokratische Äußerung der KurdInnen in Deutschland mit riesigen Bürgerkriegsmanövern. Grundlegende demokratische Rechte werden dabei kurzerhand außer Kraft gesetzt.

Ein paar Fahnen und Symbole müssen als Rechtfertigung für das staatliche Phantasie-Gespenst "PKK-Terrorismus" herhalten.

Die wahren Terroristen sind der türkische Staat und sein Waffenbruder, die deutsche Regierung. Völkermord am kurdischen Volk, grausame Massaker und Massenvertreibungen sind nur mit Hilfe deutscher Waffen und deutschen Geldes möglich.

Gemeinsam versuchen der deutsche und türkische Staat, das deutsche, das

Stellungnahmen der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) zu den letzten Entwicklungen in Deutschland laut Pressemitteilung des Kurdistan-Informationszentrums Köln vom 02.04.1996 und 03.04.1996 (von der Redaktion sprachlich leicht überarbeitet):

DER TÜRKISCHE SPEZIALKRIEG WIRD NACH DEUTSCHLAND ÜBERTRAGEN

Auch den Frieden werden wir selbst schaffen

Mit Zorn und Entsetzen verfolgen wir die Hetz- und Verleumdungskampagne in den letzten Tagen gegen die legitime Vertretung des kurdischen Volkes, die PKK und den Vorsitzenden Abdullah Öcalan, durch die deutschen und türkischen Medien. Die Erklärungen und Warnungen unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan werden verfälscht und seine Verlautbarungen ins Gegenteil verkehrt. Ergänzend hierzu ist die Rede von einem geheimen Befehl, "gezielt auf deutsche Polizisten zu schießen". Wo, wann und aus welchem Grund soll ein solcher Befehl erteilt worden sein? Es gibt keinerlei Quellen und Dokumente, die Derartiges belegen. Diese anti-kurdische Politik und die Verleumdungskampagne bewerten wir als sehr gefährlich. Wir geben hiermit der Öffentlichkeit bekannt, daß hinter dieser Haltung die deutsche und türkische Regierung zu suchen sind. Es werden Pläne geschmiedet, um eine Lösung der Kurdenfrage ohne Einbeziehung der PKK zu erreichen. Das willkürliche Verbot von Veranstaltungen, das Durchsuchen von Wohnungen und die Vornahme von Verhaftungen von Kurden ohne jegliche Grundlage sind Vorbereitungen für die bevorstehende Phase. Wenn in nächster Zukunft Angriffe auf deutsche oder türkische Vertreter erfolgen sollten, so sprechen wir uns schon jetzt von jeglicher Verantwortung frei. Verantwortlich für solche ungewollten, unangenehmen Entwicklungen wären die deutsch-türkischen Geheimdienste, die die Basis für Provokationen schaffen, das Gerücht austreuen, die PKK werde auf Polizisten schießen, und die nicht davor zurückscheuen, für ihre Ziele Leute aus den eigenen Reihen zu opfern. Hiermit erklären wir, daß dies ein

Schlag gegen die Erwartungen und die Sehnsucht unseres Volkes nach Frieden ist. Diese Politik, die sich auf Vernichtung stützt, soll mit Unterstützung durch die USA auf alle europäischen Staaten ausgeweitet werden. Sie beabsichtigen auch, Länder wie Frankreich, Belgien, die Niederlande, die Schweiz und Österreich für ihre häßliche Politik zu instrumentalisieren. Wir rufen diese Staaten auf, sich nicht funktionalisieren zu lassen, ihre unabhängige Politik zu bewahren und unsere Politik für Frieden und Freiheit zu unterstützen. Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit, Institutionen und Persönlichkeiten, die sich für eine friedliche und politische Lösung einsetzen, dazu auf, gegenüber der gefährlichen Antikurdenpolitik und ihren Resultaten wachsam zu sein. Hiermit machen wir darauf aufmerksam, daß eine deutsche Politik, die auf der Unterstützung des türkischen Spezialkrieges basiert und diesen als Modell einer Lösung des Kurdenkonflikts zum Ziel hat, nicht zu einer Lösung, sondern vielmehr zu einer Vertiefung des Problems führen wird.

Seit nun mehr als 4 Monaten dauert der einseitig (von der PKK)* verkündete Waffenstillstand an. In dieser Zeit hat der Vorsitzende Abdullah Öcalan vielemale seine Bereitschaft zu einem Dialog für eine politische Lösung bekundet. So wurde in dieser Zeit seitens unserer Guerillakämpfer kein einziger Angriff unternommen. Wer das Gegenteil behauptet, möge dies bitte auch belegen und beweisen. Schon zu Beginn des einseitigen Waffenstillstandes haben wir dieses Versprechen gemacht und sind unserem Wort treu geblieben. Auch hatten wir versichert, daß wir selbst

einem kleinen Schritt zur Lösung des Problems großen Wert beimessen und wichtige Schritte unternehmen werden. Wir waren diesbezüglich sehr bemüht und haben eine offene Haltung gegenüber Vorschlägen für den Frieden und den Dialog gezeigt. Unsere Bemühungen zielten in der letzten Zeit auf eine Verstärkung dieser Phase ab. Dies kann die ganze Öffentlichkeit bezeugen. In dieser Zeit, in der wir unsere ganze Kraft für eine politische Lösung einsetzen, gegen unsere Partei und unseren Vorsitzenden Behauptungen auszustreuen, die aus der Luft gegriffen sind, stellen eine häßliche Beschuldigung und Täuschung der Öffentlichkeit dar.

Wir betonen erneut, daß wir weder einen Grund noch die Absicht haben, Deutschland anzugreifen. Es muß erwähnt werden, daß im selben Maße wie an die Türkei der Dialogaufruf auch an Deutschland gerichtet ist. Wir haben erklärt, daß wir bereit sind, vorhandene Probleme gemeinsam mittels Dialogs zu lösen. Doch von keinem der beiden erhielten wir eine positive Antwort. Statt mit Friedens- und Dialogbereitschaft begegnete man uns mit Angriffen. Trotz dieser Angriffe haben wir Geduld bewahrt. Wir rufen im Hinblick auf diese Realität die deutsche Öffentlichkeit und unsere Freunde auf, ihrer Verantwortung nachzukommen.

Sie sollen unterscheiden zwischen dem Angreifer und dem Angegriffenen und zwischen denen, die eine politische Lösung anstreben, und denen, die auf Konfrontation setzen. Im weiteren rufen wir zu mehr Aufmerksamkeit gegenüber Manipulationen, psychologischer Propaganda und verleumderischen Veröffentlichungen auf, wie z.B. "Die PKK setzt auf die Gewaltpolitik"

oder "Öcalan erklärt deutsche Polizisten zur Zielscheibe". Die Stellungnahmen des Vorsitzenden Abdullah Öcalan in den deutschen Medien bewegen sich in diesem Rahmen. Wir sind nicht diejenigen, die drohen, sondern wir werden bedroht. Erklärungen, in denen auf die Gefahren der deutschen Kurdenpolitik hingewiesen wurde, wurden aus unserem Verantwortungsbewußtsein heraus gegeben. Hingewiesen wurde auch auf (uns)* unerwünschte Folgen der andauernden Repressionspolitik Deutschlands gegen die Kurden, indem erklärt wurde, daß jeder Kurde zu einer lebenden Bombe werden könnte. Um einer solchen Situation entgegenzuwirken, rufen wir Deutschland erneut zum Dialog auf. Die Realität darf nicht verfälscht werden, die Verlautbarungen müssen richtig verstanden werden. Die deutschen Politiker müssen aus ihrer Verantwortung heraus von ihrer bisherigen gefährlichen Politik Abstand nehmen. Diese Politik hat keinerlei Erfolgs-Chancen. Die PKK ist in Kurdistan und ist nach dem Prinzip des Sieges organisiert. Sie hat ihre Vorbereitungen, um dem Plan einer Lösung ohne die PKK entgegenzuwirken, abgeschlossen. Dies muß gut verstanden werden, und man darf auf der bisherigen Vorgehensweise nicht beharren. Man darf nicht bewußt eine blutige Phase einleiten. In diesem Zusammenhang rufen wir Deutschland und die Türkei dazu auf, Schritte zu einer politischen Lösung zu machen und eine Politik für den Beginn der Phase des Dialogs zu betreiben. Wir erklären in aller Öffentlichkeit, daß wir hierzu bereit sind, und die ganze Welt soll wissen: Auch den Frieden werden wir schaffen.

**DIE BEHAUPTUNG
EINER MORDDROHUNG DER PKK AN
KINKEL UND KOHL
IST EINE LÜGE**

Trotz unseres guten Willens und Verantwortungsbewußtseins wird eine von der Türkei ausgehende

und gemeinsam mit Deutschland beharrlich durchgeführte bedrohliche Kampagne fortgesetzt. Diese Kreise entwickeln permanent Diffamierungen und Anschuldigungen gegen unser Volk, unsere Partei und Front. Dieses gefährliche Spiel muß beendet werden. Die Folgen wären sehr schwerwiegend und bedeuten einen Nachteil für alle Beteiligten. All unser Bestreben hat den Zweck, dem entgegenzuwirken. Sollte man diesem bösen Spiel nicht den Riegel verschieben können, könnten nicht einmal die Verursacher die Last und Verantwortung für die Vernichtung tragen. An diesem Punkt gilt unsere Warnung.

Wir erklären hiermit an die gesamte Öffentlichkeit: Die Behauptung von Morddrohungen, die unserer Partei und unserem Volk angelastet werden, ist eine Lüge. Die PKK hat niemanden bedroht. Wenn man sich die Geschichte der PKK genauer betrachtet, wird man sehen, daß sie sich auf solch billige Methoden nicht herabläßt und das auch nicht nötig hat. Was auch immer die PKK tat und tun wird, wird vor der Öffentlichkeit nicht verheimlicht. Sie benutzte nie häßliche Methoden, die vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen sie sich genötigt gesehen hätte; auch in Zukunft wird es dergleichen nicht geben. Keine Macht der Welt konnte die PKK bisher davon abbringen, das Richtige zu tun, und niemand wird sie mit Gewalt und Verleumdungen dazu bewegen, das zu tun, was nicht getan werden darf.

Unser Aufruf an unsere Freunde und an das brüderliche deutsche Volk lautet: Laßt euch nicht von dieser bedrohlichen Diffamierungs- und

Anschuldigungskampagne, die sich auch gegen euch richtet, täuschen. Schenkt solchen Komplotten und Provokationen keinen Glauben. Im Gegenteil. Wir wiederholen noch einmal: Seid wachsam gegenüber möglichen Komplotten und Provokationen der türkisch-deutschen Geheimdienstorganisationen! Der Bundeskanzler Kohl und der Bundesaußenminister Kinkel werden von den deutsch-türkischen Geheimdienstorganisationen oder von deren möglichen Nebenorganisationen mit der Ermordung bedroht. Auch Kohl und Kinkel sind über diese Aufhetzung informiert. Wir sind entschlossen, unter allen Umständen Besonnenheit zu wahren, und wir sind bestimmt nicht hilflos, um solche konstruierten Szenarien ins Leere laufen zu lassen. Dies muß unbedingt zur Kenntnis genommen werden.

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weitverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief**

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln

In jüngster Zeit geisterten einige angebliche Interviews mit dem Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, durch den deutschen Blätterwald. In aller Regel war das alles andere als seriös. Auch das Interview in der Süddeutschen Zeitung, worin Öcalan angeblich eine neue Strategie vorgestellt hat, die darauf hinausläuft, kurdische Menschen nach dem Vorbild der palästinensischen Hamas als "lebende Bomben" unter Touristen explodieren zu lassen, erscheint wenig glaubhaft; schon der Beginn des Interviews, wo von einem Friedensangebot der türkischen Regierung unter Mesut Yilmaz die Rede ist, das Öcalan als völlig unzureichend abgelehnt haben soll, klingt mehr als merkwürdig,

denn es ist ja die PKK, die seit Monaten einseitig einen Waffenstillstand verkündet und sich seither darauf beschränkt hat, lediglich Angriffe abzuwehren. Davon ist in dem Interview, das Tomas(z) Avenarius geführt haben will, nicht mit einem Wort die Rede. Sein Interviewpartner müßte ein Vollidiot gewesen sein, solch einen Schwachsinn abzusegnen. Wir dokumentieren im folgenden ein Interview von Abdullah Öcalan mit dem britischen Radiosender BBC, das unseres Erachtens der Wahrheit entschieden näher kommt. Es wurde am 04.04.96 gesendet. Quelle: Pressemitteilung des Kurdistan-Informationszentrums Köln vom 05.04.96.

NACHGEFRAGT ...

Der PKK-Vorsitzende Öcalan zu seinen angeblichen Drohungen gegen die BRD

BBC: *Wie bewerten Sie die Erklärungen von Mesut Yilmaz hinsichtlich einer politischen Lösung der kurdischen Frage? Und dauert der Waffenstillstand noch an?*

Öcalan: Aus taktischen Überlegungen wurden einige Worte hinsichtlich einer kurdischen Fernsehensendung ausgesprochen. Auch in bezug auf kurdische Schulausbildung gilt dasselbe. Wir hoffen, daß dies alles in die Realität umgesetzt wird. Bisher wurden aus diesem Grund unsere militärischen Vorbereitungen nicht in Aktionen umgesetzt. Wir verhalten uns diesbezüglich abwartend und werden dies auch noch einige Zeit bleiben.

BBC: *Betreffend die Situation in Deutschland: Es wird behauptet, Sie hätten gegen einige deutsche Regierungsmitglieder Drohungen ausgesprochen. Stimmt diese Behauptung?*

Öcalan: Auf keinen Fall. Ich habe nicht einmal daran gedacht. Hätten wir solch eine Drohung ausgesprochen, so hätten wir nicht das Bedürfnis gespürt, dies in Form einer Erklärung kundzutun. Wäre das der Fall, so gäbe es genügend andere Methoden der Vorgehensweise. Solch eine Situation ist nicht vorhanden. Hiermit möchte ich das klarstellen.

BBC: *Ich erinnere mich daran, wie Sie im Fernsehen gesprochen haben. Sie sagten, daß Sie über Durchsetzungskraft gegen den deutschen Staat verfügen. Wenn solch eine Drohung nicht existiert, was ist dann damit gemeint?*

Öcalan: Deutschland verfügt über vielfältige Interessensbeziehungen mit der Türkei. Insbesondere existieren ökonomische Interessen. Ich habe betont, daß diese zum Angriffsziel werden könnten. Hierbei möchte ich auf den Tourismus eingehen. Sollte der Waffenstillstand beendet werden - wobei ich anmerken möchte, daß der Waffenstillstand noch andauert - und sollte sich der politische Dialog

nicht entwickeln, so habe ich erwähnt, daß sich der Krieg auch in den Metropolen zuspitzen und ökonomische Angriffsziele vorwiegend der Fall sein könnten. Da Deutschland sowohl eine intensive ökonomische als auch touristische Zusammenarbeit mit der Türkei unterhält, könnte es mit einigen negativen Folgen konfrontiert werden.

BBC: *Befürworten Sie Gewaltaktionen sowohl gegen türkische Geschäfte als auch gegen Polizisten während der Demonstrationen in Deutschland?*

Öcalan: Auch in den Gesprächen mit den deutschen Verantwortlichen habe ich bereits erwähnt, daß ich dem nicht positiv gegenüberstehe, und habe diesbezüglich mein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Des weiteren hatten wir erwähnt, daß wir die Kontrolle, die wir über unsere Bevölkerung haben, ausnutzen werden und alles in unserer Macht Stehende tun werden, um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. Das haben wir auch praktiziert.

BBC: *Wie Sie wissen, ist Deutschland im Hinblick auf seine öffentliche Ordnung sehr sensibel. Die Bilder von den blutig zusammengeschlagenen Polizisten haben die deutsche Öffentlichkeit negativ beeinflusst. Haben Sie Verständnis dafür?*

Öcalan: Selbstverständlich. Wir bedauern dies. Jedoch darf man nicht vergessen, daß es sich hierbei im Vergleich zu den verletzten dreihundert Kurden um zwei Polizisten handelt. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß sich die Betroffenheit, die gegenüber den zwei Polizisten gezeigt wurde, auch diesen dreihundert zuteil wird. Natürlich haben wir Nachteile davon.

Ansonsten ist der Nachteil, den wir durch die Demonstrationen trugen, begrenzt. Ich bin der Ansicht, daß Deutschland es für notwendig erachten wird, einige positive Schritte zu unternehmen.

BBC: *Welche Schritte könnten das sein?*

Öcalan: Soweit ich es verstehe und empfinde, wird Deutschland der Notwendigkeit seiner Verantwortung in Richtung auf eine politische Lösung nachkommen. Sollte das Gegenteil der Fall sein, so wissen wir ziemlich gut, daß sich die Kurdenproblematik sowohl in Deutschland als auch in der Türkei verstärken wird.

BBC: Was könnte in diesem Zusammenhang in Deutschland geschehen?

Öcalan: Es würde sich erschweren, d.h. die Probleme der kurdischen Bevölkerung sind doch in Wirklichkeit sehr schwerwiegend.

BBC: Welche Nachteile hätte Deutschland davon?

Öcalan: Diese Massen aufzuhalten, ist sehr schwer.

D.h. sie stellen beinahe die größte Minderheit dar. Wenn nun ihre Identität verleugnet wird, wenn ihnen keinerlei Rechte zugestanden werden, wenn man sich gegen sie ständig der Verbote bedient, wird diese Masse explodieren. Damit wollte ich eine objektive Realität zum Ausdruck bringen. Ich habe damit keineswegs gesagt, daß wir sie bewußt explodieren lassen und insbesondere Deutschland nicht in einen Kriegsschauplatz verwandeln werden. Es ist eine gefährliche Herangehensweise, in Schlagzeilen mich so darzustellen, ich hätte Deutschland den Krieg erklärt. Wir sind nicht so unwissend, einen solchen nutzlosen und naiven Krieg gegen Deutschland führen zu wollen.

NEWROZ-FEST IN RECKLINGHAUSEN

Angesichts der planmäßigen, seit Januar systematisch geschürten und mit deutscher "generalstabsmäßiger" Gründlichkeit vorbereiteten und durchgesetzten antikurdischen Hetze in den Wochen vor und während des diesjährigen kurdischen Newroz (= Neujahrs-)Festes - Höhepunkt dabei der staatliche Notstand am 16. März gegen die geplante Demonstration in Dortmund - war es schon fast erstaunlich, daß eine Newroz-Feier des Recklinghäuser Internationalen Freundschaftsvereins ohne (größere) Repression durchgeführt werden konnte.

Nur 2 Polizisten wollten "zufällig" mal reinschauen und konnten nach kurzer Zeit verabschiedet werden - ansonsten war es ein gelungener Abend, wenn auch die Veranstalter mit etwas mehr als gut zwanzig BesucherInnen gerechnet hatten.

Zusammen mit den TänzerInnen und Sängern einer Folkloregruppe des kurdischen Dachverbandes YEK-KOM waren es dann etwa 30 Leute, die die Räume des Internationalen Zentrums schon fast füllten.

In kurzen Redebeiträgen gingen kurdische und deutsche Genossen auf

die massiven staatlichen Angriffe der vergangenen Tage und Wochen ein.

Einhelliger Tenor: Nicht das kurdische Volk, nicht die PKK sind die Terroristen, sondern der türkische Faschismus und seine Helfershelfer in der deutschen Regierung.

Und es wurde hervorgehoben: Der Terror des deutschen Staates richtet sich keineswegs "nur" gegen KurdInnen, er zielt auf alle AusländerInnen, er zielt auf die Asylsuchenden, und er zielt gleichermaßen auf die demokratischen und sozialen Rechte der deutschen Bevölkerung und richtet sich daher auch gegen deutsche Demokraten und AntifaschistInnen - aber das hat sich noch nicht überall herumgesprochen !

Internationaler Freundschafts-Verein Recklinghausen



Von der türkischen Tageszeitung EVRENSEL wurde Anfang April folgende Pressemitteilung verbreitet (von der Redaktion sprachlich leicht überarbeitet):

Istanbuler Staatssicherheitsgericht schließt die Tageszeitung EVRENSEL

Dreieich, 04.04.1996

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Staatssicherheitsgericht Istanbul entschied heute, unsere Tageszeitung EVRENSEL für einen Monat zu schließen. Ferner wurde der verantwortliche Redaktionsleiter, Ali Erol, zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Diese Strafe wurde in eine Geldstrafe umgewandelt. Der Grund für dieses Urteil ist ein Kommentar mit der Überschrift "Krieg den Palästen, Friede den Hütten", der anlässlich des Antikriegstages am 1. September 1995 veröffentlicht wurde. Semih Hicilmaz, Verfasser des genannten Artikels, lebt zur Zeit im europäischen Ausland. In einem gesonderten Verfahren wurde auch er zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Im Falle seiner Einreise in die Türkei müßte er diese Strafe antreten. Das Gericht befand, in dem Artikel sei das Ziel "der Anstachelung des Volkes aufgrund der Unterschiedlichkeiten zu Haß und Feindschaft" verfolgt worden.

Die Entscheidung des Gerichts ist noch nicht rechtskräftig, da eine Entscheidung beim Obersten

Revisionsgericht noch aussteht. Sollte es das Urteil zurückweisen, stehen weitere ähnliche Urteile bevor, da mehrere weitere Verfahren mit derselben Forderung noch anhängig sind und aller Voraussicht nach den gleichen Ausgang haben werden.

Denn das Urteil stellt einen vorübergehenden Höhepunkt der Unterdrückung und Verfolgung gegen unsere Zeitung durch staatliche Stellen dar. Seit dem ersten Erscheinen am 7. Juni 1995 wurden insgesamt 37 Verfahren gegen EVRENSEL eingeleitet, 23 von insgesamt 301 Ausgaben wurden konfisziert. Ihre Mitarbeiter wurden festgenommen, bedroht und verprügelt. Am 8. Januar wurde Metin Göktepe von Polizisten festgenommen und zu Tode geprügelt. Die Mörder sind heute, fast drei Monate nach seiner Ermordung, noch immer auf freiem Fuß.

Die Verbots- und Schließungsverfügungen, die staatlichen Repressionen, Unterdrückung und Verfolgung, Einschüchterungsversuche etc., denen unsere Zeitung und ihre Mitarbeiter ausgesetzt sind, haben nur ein Ziel: Damit sollen alle

Bemühungen, die einen Beitrag dazu leisten, aus der Türkei ein freiheitliches und demokratisches Land zu machen, im Keim erstickt und zum Schweigen gebracht werden. Diese Praktiken sind gegen alle demokratischen Institutionen, Parteien, Gewerkschaften und Medien gerichtet. In diesem Sinne ist das Urteil des Staatssicherheitsgerichts Istanbul eine politische Entscheidung.

Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit, an Institutionen, Gruppen und nicht zuletzt an unsere Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, die Solidarität, die sie mit unserer Zeitung nach der Ermordung unseres Kollegen Göktepe zeigten, verstärkt fortzuführen. Schließen Sie sich bitte unserem Protest bei zuständigen türkischen Stellen und bei der Bundesregierung an, die mit ihrer politischen, finanziellen und militärischen Unterstützung des türkischen Staates Mitverantwortung an der Verletzung von Menschenrechten und Pressefreiheit trägt.

Mit solidarischen Grüßen

Mehmet Calli
Europa-Vertreter
von EVRENSEL

Ein Brief an Klaus Bednarz

Bielefeld, den 24.03.96

Sehr geehrter Herr Bednarz!

Anlaß dieses Briefes ist Ihre Stellungnahme in den Tagesthemen am Montag, den 18. März, über die ich mich sehr gefreut habe.

Ich bin selbst Kurde, bin 32 Jahre alt und lebe seit 16 Jahren in Deutschland. Mein Vater lebt hier schon seit 1971, und ein großer Teil seiner Familie ist in Deutschland inzwischen heimisch geworden. Auch ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit, die es mir ermöglicht hat, nach 15 Jahren auch meine Heimat mal wiederzusehen. Zur Zeit bereite ich mich auf den Lehrerberuf vor.

Ich habe an den Aktionen, die Anlaß zu Ihrer Stellungnahme gewesen sind, Kritik. Ein wesentlicher Punkt meiner Kritik besteht darin, daß hier an der deutschen Bevölkerung vorbei gehandelt wurde. So kann man für die Sache des kurdischen Volkes keine Freunde gewinnen. Sicherlich ist vieles, was in den Medien dazu erschienen ist, ungerecht. Aber um ein gerechtes Bild über die Lage in Kurdistan zu vermitteln, dazu hat die Aktion so gut wie nichts beigetragen. Vielmehr haben einige gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei der kurdischen Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Dabei ist gerade das deutsche Volk ein wichtiger Ansprechpartner für den kurdischen Freiheitskampf, der nicht nur ein Kampf im Rahmen der PKK ist, auch wenn ich nicht bestreite, daß diese Organisation dabei eine wichtige Rolle spielt. Sie vertritt allerdings nicht meinen Standpunkt. Allerdings bin ich auch nicht der Ansicht von Organisationen wie KOMKAR, daß einige Reformen ausreichen würden, um dem Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes zum Durchbruch zu verhelfen, ein Recht, um das das kurdische Volk bereits seit Jahrhunderten kämpft und um das es

bisher betrogen worden ist. In Europa kennen wir beispielsweise den Kampf des polnischen Volkes um dieses Recht, der ebenfalls mehr als ein Jahrhundert gedauert hat.

Ein wichtiger Ansprechpartner für den kurdischen Freiheitskampf ist das deutsche Volk darum, weil außer ihm niemand die deutsche Regierung dazu zwingen kann, die Waffenlieferungen an den türkischen Staat einzustellen. Nur so könnte der türkische Staat dazu veranlaßt werden, den Vernichtungskrieg gegen mein Volk zu beenden.

Aktionen, die dazu beitragen, eine Verständigung mit diesem Ansprechpartner zu erschweren, können dabei nur schaden. Das ist meine Kritik an den Newroz-Aktivitäten bestimmter Gruppen, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch z.B. an den Selbstverbrennungen auf deutschem Boden vor zwei Jahren. Ein fortschrittlicher Mensch ist verpflichtet, auch sein Leben für die Sache, für die er kämpft, zu erhalten und nicht einfach wegzuworfen.

Auch wenn ich Ihren Kommentar insgesamt sehr begrüße, habe ich zu einem Punkt Kritik. Positiv finde ich, daß Sie es gewagt haben, der durchweg vorherrschenden Kurdenhetze in den deutschen Medien einen Gegenstandspunkt entgegenzusetzen, in dem dem Recht des kurdischen Volkes das Wort gesprochen wird. Auch Kollegen von Ihnen konnten danach nicht mehr so fortfahren wie zuvor.

Meine Kritik bezieht sich auf Ihren Gedanken, daß ehemals als terroristisch gebrandmarkte Organisationen und Personen inzwischen als legitime Vertretungen ihrer Völker bzw. Friedensnobelpreisträger anerkannt worden sind. Sie wollen damit sagen, daß dies über kurz oder lang auch mit der PKK so sein könnte. Terroristisch sind allerdings in erster Linie diejenigen, die dem kurdischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht

vorenthalten. Und wer diesen Terroristen Waffen liefert, ist deren Helfershelfer. Die Auseinandersetzungen zwischen der von solchen Helfershelfern befehligten deutschen Polizei und aufgebrachten Demonstrierenden des kurdischen Volkes, die ich hiermit nicht verteidigen will, ist tragisch. Verantwortlich dafür ist die Politik, die in Bonn gemacht wird. Ich selber möchte Verhältnisse haben, in denen das türkische und das kurdische Volk sowie andere Völker auf dem Territorium der Türkischen Republik in Gleichberechtigung und Frieden miteinander leben können, so wie ich es mir für das Zusammenleben aller Völker und Menschen dieser Erde wünsche. Eine Völkerverständigung, die darin besteht, daß die deutsche Polizei ihren türkischen Kollegen deutsche Schäferhunde zur Verfügung stellt, damit diese am 1. Mai auf demonstrierende Arbeiter gehetzt werden können, meine ich damit nicht.

Sie sagen, daß die Strafgesetze für PKK-Aktivisten, die gewalttätig geworden sind, Anwendung finden müssen. Das ist keine Frage. Wer ins Wasser springt, weiß auch, daß er naß wird, wie ein kurdisches Sprichwort es ausdrückt. Allerdings sieht man den reißenden Strom, nicht aber diejenigen, die das Flußbett eng gemacht haben, wie Ihr großer Dichter Brecht einmal gesagt hat. Ich würde mir wünschen, daß für die Waffenschieber ebenfalls die entsprechenden Gesetze Anwendung finden. Auch das darf keine Frage sein. Ich erinnere hier nur an die Zeit des Golfkrieges.

Mit freundlichen Grüßen

Metin Aksu
Kammermühlenweg 16
33607 Bielefeld
Tel. 0521/298994

DER BEITRAG DER MEDIEN ZUM NEWROZFEST IN DEUTSCHLAND

Die Rolle der Medien - bezogen auf die Asylpolitik der hieszulande Regierenden und ihrer Hausopposition - soll hier auf den Umgang der Medien mit der Hauptgruppe Asylsuchender in Deutschland, nämlich von Menschen aus Kurdistan, in jüngster Zeit konzentriert werden: auf die Ereignisse seit dem internationalen Frauentag 8. März und im Zusammenhang mit den Versuchen, das kurdische Newrozfest - 21. März - zu begehen, und was daraus geworden ist. Verbote - etwa der seit Monaten vorbereiteten Dortmunder Großdemonstration vom 16. März - wurden ja mit Gewalt bei der Bonner Frauendemonstration begründet.

Von der Bonner Demonstration zum Internationalen Frauentag ...

Das Internationale FrauenLesben-Komitee zum 8. März machte eigens darauf aufmerksam, daß kurdische Frauen von Anbeginn an von den systematischen Vertreibungen und Dorferstörungen sowie Verhaftung, Folter, Vergewaltigung als Kriegswaffe und Mord besonders stark betroffen sind und daher auch besonders aktiv am Freiheitskampf ihres Volkes beteiligt und auch in Deutschland bei einer solchen Demonstration präsent sind.

Diese Demonstration, an der überwiegend Frauen, auch Mütter, und nur sehr wenige Männer, überwiegend zwecks Betreuung der Kinder, teilnahmen, hatte, trotz des Tragens von durch das sog. PKK-Verbot verbotenen Emblemen ihres Freiheitskampfes (Papierfähnchen der ERNK), fast bis zum Kundgebungsplatz einen friedlichen Verlauf, jedoch als er durch die

Maxstraße zog, an der auch das Kurdistan-Centrum sowie die Informationsstelle Kurdistan e.V. liegen, sah sie sich plötzlich von einem massiven Polizeiaufgebot eingekesselt, wobei verlangt wurde, daß die "Straftäterinnen", also die Personen, die solche Embleme trugen, polizeilich identifiziert werden sollten; danach hieß es, sie sollten diese Embleme in jene Zentren bringen - offenbar suchte man nach einem Vorwand, diese durchsuchen zu können, um z.B. erneut großformatige Fotos aus Hakkari beschlagnahmen zu können, auf denen türkische Soldaten mit den abgeschnittenen Köpfen von kurdischen Freiheitskämpfern posieren (Bilder, die außer in nichtbürgerlichen Zeitungen wie JUNGE WELT und Roter Morgen in keiner deutschen Zeitung veröffentlicht worden waren). Als die Frauen den Aufforderungen der Polizei nicht nachkamen, kam es zur gewaltsamen Auseinandersetzung, bei der neben zahlreichen Demonstrantinnen auch einige Polizisten Verletzungen davontrugen.

In den meisten Medien wurde das völlig verdreht wiedergegeben. Mit Hintergründen, die etwa auf die unvermindert weitergehende Beteiligung Deutschlands am Krieg in Kurdistan hinwiesen, wurde die von den Medien gefütterte Öffentlichkeit dabei allerdings verschont, auch von den beschlagnahmten Fotos war nur am Rande etwas zu lesen, und auch da wurde dann gelogen. Stattdessen sollte es sich um eine getarnte PKK-Demonstration gehandelt haben, die von vornherein auf Gewalttaten gegen Polizisten angelegt war und bei der Kinder als lebende Schutzschilde mißbraucht wurden. So etwa im EXPRESS, der (am 11.3.) von einer "Schlacht in der Altstadt" zu berichten mußte. Das Leitmotiv "PKK-Demonstration" geisterte auch durch weniger

marktschreierische Blätter wie BONNER RUNDSCHAU ("Als

Frauenveranstaltung getarnt - mindestens 37 Verletzte ... Verwüstungen nach PKK-Demo"), KÖLNER STADTANZEIGER ("*Schlimme Straßenschlacht in Bonn - Demonstration ... entpuppte sich als Protest der PKK*"), RHEIN-SIEG-ANZEIGER ("*PKK lieferte der Polizei eine Straßenschlacht*") bis hin zur FRANKFURTER RUNDSCHAU (12.3.), die von einer "*gewaltsamen Demonstration der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Bonn*" schrieb.

Natürlich meldeten sich sofort die Politiker, vom GdP-Chef angefangen, der "zum Schutz der Polizeibeamten" das Verbot aller Newrozfeiern verlangte, bis hin zum innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Erwin Marschewski, zu dessen Verständnis vom "Rechtsstaat" es gehört, daß "*derjenige, der sich wie die Anhänger der PKK am vergangenen Wochenende in Bonn - eines schweren Falls von Landfriedensbruchs schuldig gemacht hat, ausgewiesen werden muß. Denn kollektiven Ausschreitungen gewaltbereiter Ausländer ist auch ausländerrechtlich entschieden zu begegnen.*"

Also wieder ein Einbruch in die Asylgewährung. Und lange in den Schubladen verwahrte Konzepte wurden plötzlich hervorgezogen, um sie mal ganz rasch "durchzuziehen". Solche Einbrüche können, wenn sie sich einmal durchgesetzt haben, bald zur neuen Norm werden. Bei den zahlreichen Kurden, die festgenommen wurden, gelangte man überall da, wo die Betroffenen keinen Anwalt hatten, zur raschen Abschiebung, während überall da, wo ein Rechtsanwalt auftauchte, sich dies als "untunlich", da offenkundig rechtsbrüchig, erwies.

... über die Dortmunder "Großdemonstration" vom 16. März

Wenn hier übrigens jemand einen Landfrieden gebrochen hat (den es hierzulande immer weniger gibt), dann war das ja wohl die Polizei. Und diese hat mit Sicherheit auf höhere Weisung hin gehandelt. Diese "Ausschreitungen" waren ja wohl erwünscht, sie wurden gebraucht - um kurdische Neujahrsfeiern von vornherein verbieten zu können, wie dann in Dortmund in letzter Minute geschehen (auch wenn die Dortmunder Medien schon seit Wochenbeginn auf ein vom Polizeipräsidenten ausgesprochenes - damit allerdings nicht auch schon rechtskräftiges - Verbot hinwiesen), wo schon Monate zuvor eine Großdemonstration angemeldet worden war, bei der die Veranstalter mit bis zu 100.000 Menschen aus ganz Europa gerechnet hatten.

Da der "Rechtsstaat" keine Handhabe zu einem Verbot bot, mußte ein Präzedenzfall her, der für die breiten Massen plausibel klang. (In diesem Zusammenhang war es vielleicht taktisch unklug, in Bonn die verbotenen Embleme mitzuführen.) Das aber ging nur mit einer entsprechenden Einspannung der Medien, wie an Hand der genannten Beispiele beschrieben. Auch der ansonsten etwas vornehmer, für ein intellektuelleres Publikum zugeschnittene SPIEGEL hielt sich da diesmal nicht heraus. Er bildete die "Nachbereitung" mit der erneuten, bereits zimal aufgestellten, immer wieder als aus der Luft gegriffen erwiesenen und nicht einmal in den Verfassungsschutzberichten aufrechterhaltenen Behauptung einer PKK-Geldquelle Rauschgifthandel; der SPIEGEL wußte sogar etwas von einem Abschneiden von Gliedmaßen als Bestrafungsmethode der PKK auf deutschem Boden.

Statt der Aufgabe einer demokratischen Kontrollinstanz zu genügen, haben sich die Medien in erster Linie als Stichwortgeber für die markigen Sprüche der bürgerlichen Politiker betätigt.

Ich selbst habe mir am 16. März den
Dortmunder

Demonstrationszug der wenigen hundert kurdischen Menschen, die überhaupt bis zum Westenhellweg durchgekommen sind, angesehen. Sie haben großenteils für die Zuschauer unverständliche Parolen wie "Biji sero Apo!" (= Es lebe der Vorsitzende Abdullah Öcalan!) und "Ich bin PKK!" gerufen, aber auch: "Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!" Sie waren, sobald sie anfangen, kollektiv Parolen zu rufen, sehr schnell von Polizei und Bundesgrenzschutz eingekesselt; teilweise wurde von berittener Polizei versucht, deutsche Zuschauer zu verjagen. Von überall aus den zweiten Stockwerken der Geschäfte wurde der Zug mit Kameras aufgenommen. Zaunlatten und Pflastersteine habe ich nicht gesehen, abgesehen von einem Pflasterstein, der schon vorher dort lag, wo wenig später der Zug eingekesselt wurde und sich dann zum (schließlich erfolgreichen) Sitzstreik auf der Hansastraße, wo die Straßenbahn noch überirdisch verkehrt, niederließ. Diesen Stein holte ein Polizist aus der Menschenmenge; niemand hinderte ihn daran.

In den Medien am Montag darauf jedoch las sich das ganz anders. Von der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU über die RUHR-NACHRICHTEN bis zur WAZ erging man sich da in wüsten Phantasien, aber nicht nur da, sondern auch auf nationalem Niveau, bei FAZ und BILD. Nur: BILD widersprach sich mit seiner gegen Kurden schlechthin gerichteten Hetze

selbst - dort wurde ein Foto gezeigt, auf dem ein großes Transparent "Für eine politische Lösung in Kurdistan" wiedergegeben war; dieses Transparent hatten die Demonstrierenden entrollt, und dafür traten sie ein. In den genannten Zeitungen (abgesehen von einem WAZ-Kommentar) war dergleichen nicht zu lesen.

Ich kann aus eigener Anschauung nicht beurteilen, wie es andernorts ausgesehen hat, etwa in Emmerich oder Elten, aber wer solche Beispiele erlebt, für den müßte das ausreichen, der Medienberichterstattung hierzulande zumindest mit großen Vorbehalten gegenüberzustehen. An die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU habe ich einen Leserbrief gesandt, in dem ich meine Beobachtungen mit ihrer Berichterstattung verglich. Veröffentlicht wurde er nicht.

Klein beigegeben?

Und dann stand doch etwas im WIESBADENER KURIER, was da gar nicht so recht ins Bild paßte, nur eine kurze Notiz: die 1993 verbotenen kurdischen Vereine seien wieder zugelassen worden. Für den unbedarften Leser, der sie entdeckte, muß das - auch wenn von einem Gerichtsbeschluß zur Aufhebung einer nicht rechtmäßigen Verfügung die Rede war - so gewirkt haben, als habe der Rechtsstaat heimlich, still und leise einer Erpressung nachgegeben...

KD

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonne- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

Mitteilung des Informationszentrums für freie Völker e.V. in Köln zur am 10.09.1995 erfolgten Festnahme der Journalistin Ursula Ünlü sowie dreier türkischer Asylsuchender durch den französischen Staat vom 01.02.1996 (von der Redaktion sprachlich leicht überarbeitet):

DEMOKRATEN IN DEN KNAST ...

Logistische Unterstützung der Chirac-Regierung für den Faschismus in der Türkei

Am 10. September 1995 wurde die Journalistin Ursula Ünlü zusammen mit den türkischen Asylbewerbern Hasan Ber, Mahir Ider und Levent Yanlik an der französisch-belgischen Grenze festgenommen. Die französische Regierung wirft ihnen "Unterstützung der kriminellen Organisation DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front) und Vorbereitung eines terroristischen Aktes" vor. Ursula steht des weiteren unter Anklage, Fluchthilfe geleistet zu haben. Nach vier Tagen Fragerei in der Antiterror-Abteilung des Ministère de l'Intérieur (= französisches Innenministerium)* erließ der Untersuchungsrichter Ricard Haftbefehl. Während die türkischen Freunde sich weiter im Gefängnis befinden, wurde Ursula Ünlü nach drei Tagen Knast unter "contrôle judiciaire" (= Polizeiaufsicht)* "freigelassen". Diese juristische Aufsicht besagt, daß sie dreimal wöchentlich zur Anwesenheitskontrolle im Bezirkskommissariat (der Pariser Kriminalpolizei)* erscheinen muß. Weiter wird ihr das Betreten des Büros der DHKC (Revolutionäre Volksbefreiungsfront) in Paris verboten, ebenso kann sie den türkischen Kulturverein "Association de Culture" nicht besuchen, und ihr wird auch der Kontakt zu den Mitgliedern der jeweiligen Organisationen untersagt; ihr Paß wurde konfisziert. Gleichzeitig ist ihr eine "Gebietsbeschränkung" auferlegt worden. Spektakulär in dieser Liste von Verboten ist die

länderübergreifende Anordnung, daß sie nicht das Informationszentrum für freie Völker in Köln betreten darf.

Die (Un)freiheit hat auch praktische Konsequenzen. Seit September 1995 lebt Ursula ohne Krankenversicherung und unter dem Existenzminimum, d.h. ihr wird von dem zuständigen Untersuchungsrichter Ricard sogar Sozialhilfe verweigert. Ein Antrag ihrer Anwältinnen auf einen 30tägigen Aufenthalt in der BRD zur Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten wurde von dem Untersuchungsrichter Ricard und dem Gericht abgelehnt.

Die strafrechtlichen Vorwürfe der französischen Regierung gegen Ursula Ünlü führen geradezu ad absurdum. Als engagierte Journalistin der Zeitung KURTULUS, Internationalistin und Kämpferin für die Menschenrechte in der Türkei und in Kurdistan veröffentlichte sie Artikel, Broschüren, gab Seminare und nahm an unzähligen Delegationen teil. Sie ist eine derjenigen, die unruhig werden, wenn es um Verbrechen des Faschismus geht, die zu Massakern, Folter und der brutalen Entvölkerungspolitik des Regimes in Ankara nicht schweigen und nicht schweigen werden. Um ihre Arbeit auf anderer Ebene fortzuführen, wurde sie im Mai 1995 Generalsekretärin des "Informationsbüros der DHKC" in Paris. Dieses Informationsbüro ist ein legaler eingetragener Verein mit dem Ziel, beim Namen zu nennen, was

jeden Tag in der Türkei passiert. Zu der Kriminalisierung zitieren wir aus einem Brief von Ursula an die Zeitung KURTULUS:

"(...) Wenn es Terrorismus ist, Menschenrechtsverletzungen offen zu machen (gemeint: "aufzudecken")*, vor Ort Recherchen über Massaker anzustellen, über das Verschwindenlassen mittels Entführung, über Zwangsumsiedlungen und Entvölkerungen in Kurdistan zu schreiben, den Faschismus anzuklagen, über bestimmte Kampfsschritte in der Türkei zu berichten oder 'Freundin' der DHKC zu sein - bin ich gerne weiter Terroristin.

Auf der Behauptung, ich hätte den Vorsitzenden der DHKP (Revolutionäre Volksbetrieungspartei), Dursun Karatas**, über die Grenzen Frankreichs gebracht, entgegnete ich mit der Frage: Wo sind die Beweise? Die französische Justiz verfolgt die Logik, der gemäß nicht sein kann, was nicht sein darf. Und dieser politischen Logik zufolge werden meine Freunde und ich angeklagt unter einer sehr interessanten Gesetzesbeugung). Die Gründe für die Anklage gegen uns beruhen ausschließlich auf Verdächtigungen und Berichten des Service Secret (= Geheimdienst)*

(aus: Unidad y Lucha, 2/95)

Mexiko:

Im Netz von Neoliberalismus und Freihandelsabkommen (NAFTA)

Teil 1

In Mexiko haben sich alle eigentümlichen Erscheinungen des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium entwickelt: Sie kommen zum Ausdruck im Widerspruch zwischen Produktion und Kapital, das sich bei einer Handvoll Kapitalisten konzentriert, während die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung mit Ausbeutung, Unterdrückung und Verelendung zu kämpfen haben. Es sind große Finanzkonzerne entstanden, die ganze Industriezweige, die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor unter Kontrolle haben.

1995 sind die großen Oligarchen die Gewinner der wirtschaftlichen Krise. Der Unterschied zwischen einer Handvoll Kapitalisten und den ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen ist immer offenkundiger. Man kann deutlich beobachten, wie die Krise einher ging mit einer stärkeren Konzentration des Kapitals bei einigen wenigen Leuten, die praktisch (im Bündnis mit dem Imperialismus) die Herren des Landes sind. Und es ist zu ihrem Vorteil, daß das (Nordamerikanische)* Freihandelsabkommen (NAFTA)* unterzeichnet worden ist, daß die Verfassung (Artikel 3, 27 usw.) reformiert worden ist, daß einige Institutionen angepaßt worden sind - z.B. Vereinheitlichung der Nationalen Sicherheit (Coordinacion de la Seguridad Nacional) -, daß die Absicht besteht, die EZLN mit Hilfe der Armee zu vernichten, daß die demokratische Gewerkschaftsbewegung (SUTAU-100), die Volksbewegung in den großen Städten (FPFV, Vendedores Ambulantes) und auf dem Lande (OACIO-13, OCSS, FDOMEZ, ALDPCH) niedergeknüppelt werden, all das, um die neoliberale Politik nicht zu gefährden und um aus dem Volk eine höhere Profitrate zu pressen.

Es war dieser Prozeß der Zentralisierung, in dem sich im Schatten von (Präsident)* Salinas de Gortari und seines Regimes eine kreolische Bourgeoisie von Multimillionären etabliert hat, die die stärkste von ganz Lateinamerika geworden ist und nur von denen der USA, Japans und Deutschlands übertroffen wird, wie sich an Hand der folgenden Tabelle zeigen läßt:

LAND	ANZAHL DER KAPITALISTEN MIT ÜBER 1.000 MILLIONEN DOLLAR
USA	108
Deutschland	46
Japan	35
MexiKo	24

Tabelle auf der Grundlage der in der Zeitschrift PROCESO (Nr. 871) veröffentlichten Daten erstellt.

Durch die Abwertung (des mexikanischen Peso)* vom 19. Dezember 1994 ist die Liste der Milliardäre etwas geschrumpft.

Das bedeutet nicht, daß die oben beschriebene Tendenz ungültig geworden wäre; von den 24 Oligarchen, die im Schatten von Salinas emporgekommen waren, sind die 10 "mexikanischen", die in der langen Reihe der reichsten Bourgeois der Welt verblieben sind, folgende:

- 1 Carlos Slim vom Konzern CARSO Y TELMEX
- 2 Emilio Azgarrago Milmo - TELEVISTA
- 3 Jeronimo Arango Arias vom Konzern CIFRA
- 4 Lorenzo Zambrano von CEMEX
- 5 Alejo Peralta von IUSACEL
- 6 Alberto Balleres von PENOLES
- 7 Alfonso Romo Garza
- 8 Bernardo Garza Sada von ALFA
- 9 Pablo Aramburزابالا Ocaraney vom Konzern MODELO
- 10 Jorge Larra Ortega vom Konzern MEXICO

Im allgemeinen bewegt sich die mexikanische Wirtschaft nach dem Rhythmus der großen nationalen und internationalen Monopole; das ist das dem Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium eigene Wesensmerkmal. Im Laufe der letzten Jahre haben sich auch große Monopole der mexikanischen Oligarchie auf den lateinamerikanischen Märkten breitgemacht, um ihre Produktion zu steigern und den Rückgang des Warenkonsums auf dem mexikanischen Markt - ein Ergebnis der kapitalistischen Krise - zu "kompensieren", so daß sich die großen Monopole und das Kapital der mexikanischen Bourgeoisie in den heimlichen Kampf gegen die Bourgeoisie anderer Länder um die Eroberung Lateinamerikas stürzen.

Beispiele:

- a) **Bimbo:** Dieses mexikanische Monopol besitzt Industrieanlagen in Argentinien, Chile, Costarica, Guatemala, El Salvador and Venezuela. Man will 200 Millionen Dollar in diesem Gebiet investieren. Darüber hinaus hat man in jüngster Zeit 25 Millionen Dollar angelegt, um ein neues Werk in Chile in Gang zu setzen. Außerdem kontrolliert Bimbo 86 % des mexikanischen Marktes und ist mit einem eigenen Vertrag ein wenig an US-Firmen wie Band of Texas und an 3 Tortilla-Fabriken in den USA beteiligt.
- b) **Dina:** Dieser Konzern will damit beginnen, den Wagentyp Uno von Fiat in ganz Lateinamerika einzuführen und zu vertreiben. An diesem Geschäft wird Dina 65 % des Kapitals der neuen Firma, die man zusammen mit dem italienischen Konzern Fiat errichten will und deren Wert sich auf ungefähr 300 Millionen Dollar belaufen soll, halten. Zugleich erkundet Dina die Möglichkeiten für den Bau einer Produktionsfabrik für Lastkraftwagen und Autobusse in Argentinien.
- c) **Cementos Mexicanos (CEMEX):** Dieser Konzern hält 60 % der Anteile an der venezolanischen Firma Venclomos und hat eine Absichtserklärung (Letter of Intent)* mit der Regierung von Nikaragua unterzeichnet, um ein halbstaatliches Unternehmen mit einer Produktionskapazität von 300.000 t (Zement)* pro Jahr zu einem Preis von rund 10,7 Millionen Dollar zu erwerben.
- d) **Grupo Industrial Maseca:** Offensichtlich macht dieser Konzern mit dem Vertrieb von Maismehl und Maiskuchen (tortillas) im Ausland Gewinn. Sein Wachstum war derart, daß der Vertrieb um 64 % in Mittelamerika kletterte, während er in Mexiko selbst gerade mal um magere 5.4 % zulegte.
- e) **Fomento Economico Mexicano (FEMSA):** Im September 1994 erwarb die FEMSA (= Mexikanische Wirtschaftsförderungs AG)* 51 % der Flaschenfüllanlage Coca Cola Argentina für hundert Millionen Dollar und hat damit die Majorität, um über die Zukunft dieses Standortes (in Argentinien)* zu entscheiden.
- f) **Grupo Situr:** Der Konzern wird Hotels in Costarica, in der Dominikanischen Republik und in anderen Staaten der mittelamerikanischen Region errichten.
- g) **Bufete Industrial:** (Dieser Industriemöbelkonzern)* hat in Chile and Ekuador Kapitalanlagen, die 41,9 % der Einkünfte des Konzerns im ersten Vierteljahr 1995 ausmachten. Und jetzt nimmt er an Vertragsausschreibungen in Nikaragua und Costarica teil.

So stützt sich Mexiko auf eine starke nationale Bourgeoisie. Das Märchen, daß Angebot und Nachfrage einen "freien Markt" regulieren, ist nichts anderes als leeres Geschwätz.

"Die 500 (größten) Firmen (Mexikos)* konzentrieren 13 % der in wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes Beschäftigten, und 337 Firmen auf dem Niveau von Großunternehmen konzentrieren ungefähr 30 % der in diesem Bereich engagierten Aktivitäten... Mehr noch, wenn wir das obige Verhältnis auf das heutige Niveau der Branchen anwenden, ist die wirtschaftliche Konzentration, von der wir reden, noch viel bedeutsamer."*

Wir stellen beispielsweise fest, daß 6 von 1.044 Firmen, die es in der Automobilbranche gibt, 62 % der Beschäftigten binden, während 10 von 133 Firmen der Eisen- und Stahlbranche 42 % beschäftigen, 2 von 55 Firmen der Tabakindustrie beschäftigen 44 % (der in dieser Industrie Beschäftigten)*, 7 von 16.227 Firmen des Transport- und Kommunikationssektors binden 54 % usw.

Wenn wir darüber hinaus dieses Verhältnis auf die Ebene von Unternehmen übertragen, wird das wirtschaftliche Schwergewicht einiger weniger Handelsmarken evident. Das betrifft die General Motors de Mexico S.A. de C.V., die 42 % der in dieser Branche beschäftigten Arbeitskräfte auf sich vereinigt, oder die Ferrocarriles Nacionales de Mexico (= Nationale Eisenbahnen Mexikos)*, die 25 % auf sich vereinigen, oder auch die Altos Hornos de Mexico S.A. de C.V. (= Hochöfen Mexikos AG)*, die 15 % kumuliert usw."

(Zeitschrift EL COTIDIANO, Nr. 59, Dez. 1993, S. 42-44)

In diesem Sinne sind die Gewinner des NAFTA das Finanzkapital, die großen Monopole und der US-Imperialismus, da die Handelsbeziehungen zu den USA rund 83 (% der Exporte)* und 71 % der Importe (Mexikos)* ausmachen und nur 300 Firmen 70 % der nationalen Gesamtsumme exportieren - wenn wir die (Mexikanische Erdölgesellschaft)* PEMEX einmal außer Betracht lassen.

Andererseits wird stolz berichtet, daß Mexiko mehr Stückgut exportiert, die Kapital-Neustrukturierung in Mexiko verwandelt jedoch das Land in eine große US-imperialistische Maquiladora-Fabrik, da im Laufe der letzten 3 Jahre ein Rückgang an anderen Waren außer Maquiladora-Produkten zu verzeichnen ist und der Export an Stückgut, der 1988 noch 16 % ausmachte, bis 1992 auf 12 % gesunken ist, während der Export an Maquiladora-Produkten ein Jahreswachstum von 10 % erfuhr und innerhalb von 3 Jahren von 15 auf 20 Millionen Dollar stieg. Tatsächlich wuchs im ersten Quartal 1995 der von der Maquiladora-Industrie angebotene Beschäftigungsanteil auf 10,1 % an, eine Tendenz, die zur Beschäftigungslosigkeit in Produktionstätigkeiten des Landes im Kontrast steht und eine Folge der großen Krise ist, die das kapitalistische System erleidet; so mußte die Bourgeoisie zugeben, daß sich über 60 % der mexikanischen Produktionsanlagen in der Rezession befinden und 1994 nur 30 % die Schwierigkeiten überwinden konnten.

Aber während die bürgerliche Regierung die Maquiladora-Aktivitäten als angebliche Form der Industrialisierung des Landes, die dieses vor dem industriellen Zusammenbruch retten soll, privilegiert hat, ist das einzige, was sie bewirkt haben, eine weitere Vertiefung des neokolonialen Prozesses und die Ingangsetzung weiterer künftiger Krisen, denn die Maquiladora-Industrie befindet sich in einer Phase des Warenproduktionsprozesses, der durch wirtschaftliche Kontrolle durch die großen (besonders US-amerikanischen und japanischen) Monopole bestimmt wird; so läuft die Maquiladora auf einen noch höheren Anstieg der Quote der Ausbeutung der Arbeitskraft (insbesondere von Frauen und Kindern) hinaus und beinhaltet eine stärkere Kontrolle über die und Zersetzung der Arbeiterklasse; außerdem findet keinerlei Technologietransfer statt, und wieder einmal geht der Mehrwert in die Hände der imperialistischen Bourgeoisie über. Wir stellen fest, daß im Rahmen der kapitalistischen Neustrukturierung Privatisierungen, die während der letzten Zeit erfolgt sind, insbesondere zugunsten des Großkapitals stattgefunden haben und sogar mehr als 20 % der Gesellschaften, die vom Staat verkauft wurden, in die Hände des transnationalen Kapitals übergegangen sind, wie in der folgenden Tabelle zu sehen ist:

ENTWICKLUNG DES HALBSTAATLICHEN SEKTORS VON DEZEMBER 1982 BIS MAI 1993

<u>Jahr</u>	<u>staatliche Gesellschaften</u>
1982	1155
1983	1074
1984	1049
1985	941
1986	737
1987	617
1988	417
1989	379
1990	280
1991	241
1992	217
1993	213

Siehe auch folgende Tabelle:

DIE PRIVATISIERUNGSGEWINNE IN MEXIKO

(ausgedrückt in der Anzahl der Schatzanweisungen)*

<u>Konzern oder Firma</u>	<u>insgesamt</u>	<u>Hauptbereich</u>
Carso South Western Bell		
Franct Cable and Radio	20	Telekommunikation
Vitro	8	Electroleitungen
Durango	6	Wald
Siderurgia del Pacifico	6	Eisenindustrie
Acero del Norte	14	Stahlproduktion
Industrial Alfa	3	Metallkonstruktionen
Ispat Mexicana	5	Eisenindustrie
Mexabre	5	Fisch
Joaquin Redo y Soc.	4	Zucker
Suerum	4	Zucker
Beta	4	Zucker
Ind. Escorpion	2	Zucker
Anermex	2	Zucker
Veracruz	3	Zucker
Consorcio G	4	Autotransporte
Summe	91	

Beide Tabellen erstellt nach der Zeitschrift ECONOMICA INFORMA (Nr. 234)

Der bürgerliche Staat zieht sich nicht aus der Wirtschaft zurück, wie liberale Intellektuelle oder Sozialdemokraten uns weismachen wollen, sondern nimmt andere Formen an, um zu gewährleisten, daß die inneren und äußeren Märkte zugunsten des großen Finanzkapitals und der großen Monopole funktionieren.

Der mexikanische bürgerliche Staat spielt weiterhin seine Rolle als Garant für die Gewinne des Großkapitals gegen alle, die sich seinem neoliberalen Privatisierungsprojekt in den Weg stellen.

In diesem Zyklus der Kapitalakkumulation und wirtschaftlichen Krise ist ein Sektor der herrschenden Klasse, d.h. der sogenannten "nationalen" Bourgeoisie, durch die Finanzbourgeoisie und den Imperialismus aus der wirtschaftlichen und politischen Macht hinausgedrängt worden. Gerade im Zeitraum von 1982 bis 1993 wurden etwa 400.000 Klein- und Kleinbetriebe geschlossen. Aber das ist noch nicht alles: In den letzten Jahren blieben von 1113 Textilfabriken noch 157 übrig, d.h. 956 sind stillgelegt worden.

Aufgrund des statistischen Materials (des Gewerkschaftsverbandes)* Confederacion de Trabajadores de Mexico (CTM) stellten innerhalb der letzten Jahre 500 kleine und mittlere Schuhfabriken ihren Betrieb ein. So ist die nationale Bourgeoisie aus der wirtschaftlichen Macht, die sie seit Jahrzehnten innehatte, seit den 80er Jahren Schritt für Schritt zurückgedrängt worden. Aus diesem Grunde verlangen ihre politischen Vertreter, die PRD (= Partei der Demokratischen Revolution)*, revisionistische und trotzkistische Gruppen voller Eifer, die Magna Charta (= Katalog von Freiheitsrechten)* im Rahmen der "Verfassungsgrenzen" zu reformieren, ohne jedoch das Regime anzugreifen, es sei denn um mit ihm die Macht "auf gerechte und demokratische Weise" zu teilen, d.h. mit der herrschenden Gruppe, aus der sie verdrängt worden sind. Das ist der Ursprung für die politische Grundlage ihrer Vorschläge wie etwa des Programms von Queretaro (Plan de Queretaro), das in der dritten Sitzung der Demokratischen Nationalversammlung (Convencion Nacional Democratica) vorgelegt wurde, und des

Regierungsvorschlags der "Nationalen Rettung" (Salvacion Nacional), der von der PRD vorgelegt wurde. Ein weiterer, von den liberalen Ideologen weit verbreiteter Mythos besteht darin, daß, um "der Krise zu entkommen", von der das Land geschüttelt wird, Investitionen aus dem Ausland notwendig seien, da damit Beschäftigung und eine höhere Industrialisierung erreicht werden sollten, doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus, denn in Finanzspekulationen wird weit mehr investiert, da das mehr Profit abwirft als Investitionen in Produktionsbereichen.

1993 kamen 33,3 Milliarden Dollar ins Land für Kapitalkonten, 4,9 Milliarden für Direktinvestitionen und 28,4 Milliarden für die Investition in Wechseln, die wegen der vom Staat angebotenen hohen Zinssätze in Obligationen und Schatzanweisungen (CETES und TESOBONOS) angelegt wurden und die Basis für die jetzige Finanzkrise gewesen sind. Aber darüber hinaus sind auch die Direktinvestitionen ein dickes Geschäft für das gefräßige Maul des transnationalen Kapitals. So schickten allein im ersten Quartal 1995 die mit ausländischem Kapital errichteten Firmen mit Sitz in Mexiko Profite in ihre Herkunftsländer, die sich auf 352,8 Millionen Dollar beliefen, ein Anteil, der um 15 % über dem Anteil der Profite des Vergleichszeitraums von 1994 lag, und das, obwohl sich Mexiko in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befindet. So wird deutlich, daß die Gewinner der Krise das nationale und das ausländische Kapital sind.

In diesem Rahmen der jetzigen Wirtschaftskrise wurde für 1995 ein Defizit von 30 Milliarden Dollar prognostiziert, wodurch das Zahlungsbilanzdefizit fortgeschrieben wird. Dieses Defizit ist in schwindelerregender Weise gewachsen, was sich aus folgender Tabelle ablesen läßt:

ZAHLUNGSBILANZ

<u>Jahr</u>	<u>Milliarden Dollar</u>
1990	7,1
1991	-14,9
1992	24,8
1993	23,4
1994	24,6

Quelle: Banco de Mexico (Hrsg.)*, EL COTIDIANO (Nr. 66, S. 108)

Die Grundlage für das oben Gesagte ist das niedrige technologische Niveau der mexikanischen Unternehmen. Beispielsweise hat sich in der Manufakturindustrie des Landes im Zeitraum Januar bis November 1994 eine Passivbilanz in ihren Handelsbeziehungen zum Ausland auf den Betrag von 28 Millionen Dollar angehäuft. Dieser Betrag übersteigt das Gesamtdefizit der Handelsbilanz Mexikos während des genannten Zeitraums. Laut (Statistikinstitut)* INEGI verkaufte die Manufakturindustrie des Landes - ein Sektor, in dem ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschaffen wird - während der genannten Monate Produkte für 22 Milliarden Dollar ins Ausland, tätigte im Gegensatz dazu aber Einkäufe an Investitionsgütern (insumos), Maschinen und Ausrüstung aus dem Ausland für 50 Milliarden Dollar.

Dieses Ungleichgewicht von 28 Milliarden Dollar ist bedeutsam für die Tatsache, daß die Industrie für jeden Dollar, den sie für Warenverkauf im Ausland einnahm, Einkäufe für 2,27 Dollar tätigte. Auch die Maquiladora-Industrie stellt für die (nationale)* Bourgeoisie ein dickes Geschäft dar, obgleich nur 1,5 % der Gesamtsumme an Investitionsgütern, die für die Maquiladora-Industrie verausgabt wird, nationalen Ursprungs sind.

(wird fortgesetzt)

*) Erläuternde Hinweise und sinngemäße Ergänzungen seitens des Übersetzers.

Beitrag der Kommunistischen Partei Mexikos (marxistisch-leninistisch) in der internationalen Zeitschrift UNIDAD Y LUCHA (Nr. 2, 1995), stark gekürzt, übersetzt von KD

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Eine Veranstaltung zu Mexiko in Essen

"Wir Bauern der Sierra Madre del Sur haben beobachtet, wie die Unsrigen Generation nach Generation in Armut geblieben sind, unsere Kinder haben eine Ernährung, die ebenso ungenügend ist, wie wir selbst sie hatten, als wir klein waren, und in vielen Fällen schlechter; immer noch sterben Tausende von Kindern an Krankheiten, die man heute heilen kann, die Leiden, die in den entwickelten Ländern keine Gefahr mehr sind, rufen in unseren Gemeinden den Tod hervor, der vermieden werden könnte mit ärztlicher Versorgung und Medikamenten, die wir wegen unserer Armut nicht bezahlen können. Unsere Kinder haben nicht dieselben Möglichkeiten, etwas zu lernen, wie die der Reichen, und wenn sie es tun, müssen sie das oft aufgeben, denn es ist nicht möglich, ein teures Studium aufrechtzuerhalten, außerdem ist es schwierig, das ebenso zu machen wie die, die wohlgenährt sind.

Unsere Hütten haben nach wie vor nicht die Versorgungsanschlüsse, auf die jedes menschliche Wesen Anspruch hat, der (nackte) Erdboden und das Fehlen an Trinkwasser und Abwasserkanalisation erinnern uns jeden Augenblick an den Platz, an den man uns in dieser Gesellschaft verbannt hat und den unsere Kinder einnehmen werden, wenn die jetzige Lage so bleibt.

Wir sehen, daß die Erde nicht genug erzeugt, damit wir davon leben können, denn unsere Erzeugnisse sinken ständig im Preis; wir können mit dem, was wir ernten, von Mal zu Mal weniger Lebensmittel, Kleidung und Werkzeug kaufen, und die Lage ist noch schlechter für die von uns, die kein Land haben und sich tagtäglich verdingen müssen, um zu überleben, oder mit ihrer ganzen Familie in andere Gebiete auswandern müssen, wo sie eine Arbeit finden, die es ihnen, wenn auch fast immer schlecht bezahlt, erlaubt, den täglichen Lebensunterhalt zu erwerben. Wenn wir Land besitzen, verfügen wir nicht über die notwendigen Mittel, um es fruchtbar zu machen, denn Kredite gibt es nicht, oder sie sind ungenügend, oder wir verfügen nicht über die Wege, um unsere Erzeugnisse zu vermarkten, und müssen sie daher an die Aufkäufer zu so niedrigen Preisen verkaufen, daß wir es, wie im Fall des Kaffees, oft vorgezogen haben, nicht zu ernten, denn wir bekommen weniger, als wir hineinstecken.

Es gibt in diesem Gebiet nicht genug Arbeitsquellen, daher fahren viele unserer Familienangehörigen zu anderen Unternehmen, ja sogar in die USA, um zu arbeiten, aber für einen Lohn, den kein nordamerikanischer Arbeiter akzeptieren würde. Dort stoßen sie auf Verachtung, Diskriminierung, Ausbeutung und in vielen Fällen Verfolgung und Tod in den Händen derjenigen, die sich als etwas Besseres und als Herren der Welt vorkommen.

Unsere Brüder und Schwestern, die Ureinwohner sind, werden selbst in unserem Land verachtet und diskriminiert; man respektiert weder ihre Kultur noch ihre Tradition, drängt sie noch mehr an den Rand, als sie es schon sind, weil sie Bauern sind.

Die Möglichkeiten für sie sind noch geringer; die Regierung erinnert sich an sie nur zur Zeit von Wahlen und in öffentlichen Gedenkreten, wo sie, wie immer, etwas versprechen, was sie nie halten."

So beginnt das Programm der OCSS (Organizacion Campesina de la Sierra del Sur = Bäuerliche Organisation des Südgebirges) im mexikanischen Bundesstaat Guerrero, Nachbarstaat von Chiapas, wo die EZLN weltweit Aufmerksamkeit erregt hat. Und so oder ähnlich sieht es überall im Lande Mexiko aus, einem 2 Millionen Quadratkilometer großen, rund 100 Millionen Menschen zählenden Land, dessen Kapitalistenklasse zu den reichsten Kapitalistenklassen der Welt gehört (nur übertroffen von denen der USA, Deutschlands und Japans).

Eine eingehende Lageschilderung, die auf diesem Programm fußte, gab am 26.04.96 im der Arbeiterwohlfahrt gehörenden Julius-Leber-Haus an der Meistersingerstraße in Essen-Kray vor knapp hundert Menschen die 22jährige Ureinwohnerin Rocio Mecino Mecino, die als Vertreterin der OCSS zur Zeit eine Reise durch mehrere Staaten Europas macht und als Gast der deutschen Organisation

"Solidarität international" auch in mehrere Städten Deutschlands um Solidarität für die OCSS und ihr Volk warb. Dieser Abend erbrachte ein Spendenaufkommen von fast 750 DM.

Die OCSS wurde, auch ermutigt durch das offensive Auftreten der EZLN, die dem mexikanischen Staat den Fehdehandschuh hinwarf, am 14.01.1994 gegründet, um, wie Rocio sagte, auf nicht bewaffnete Weise gegen "das Elend und die tägliche Verletzung unserer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte" zu kämpfen. Die Hauptforderungen an den mexikanischen Staat sind:

1. Öffentliche Dienstleistungen für unsere Dörfer wie Verbesserung der Wohnungssituation, Versorgung mit Trinkwasser und Elektrizität, Abwasserentsorgung, Schulen und Straßen.
2. Mittel für die Herstellung und Vermarktung unserer landwirtschaftlichen Produkte.
3. Achtung der politischen und sozialen Rechte der Bevölkerung.
4. Ende der Unterdrückung durch die Polizei und das Bundesheer.
5. Lebendes Wiederauftauchen der mehr als 600 Personen, die in Guerrero seit ihrer Verhaftung verschwunden sind und der mehr als 1000 Verschwundenen in ganz Mexiko.
6. Freiheit für die politischen Gefangenen in ganz Mexiko."

An einigen wenigen Beispielen führte Rocio die Antwort auf, die die Regierung auf diese gerechten Forderungen gab:

- Am 24.05.1995 wurde Gilberto Romero, Mitglied der OCSS, verhaftet und ist seither verschwunden. Am 03.05.1995 hatte er im Namen der OCSS dem Gouverneur von Guerrero, Ruben Figueroa Alcocer, einen Brief mit den obigen Forderungen übergeben.

- Daraufhin rief die OCSS mit der Forderung nach Wiederauftauchen von Gilberto Romero für den 28.06.1995 zu Kundgebungen in den Städten Atoyac und Zihuatanao auf. An eben diesem Tag gerieten 60 OCSS-Mitglieder auf dem Weg nach Atoyac an einem Ort mit der Flurbezeichnung "Furt des Flusses Aguas Blancas" in einen von rund 200 Angehörigen verschiedener Polizeiformationen des Staates Guerrero gelegten Hinterhalt; man schoß ohne jede Vorwarnung mehrere Minuten lang mit Maschinengewehren auf den Bus, in dem die meisten der Bauern saßen; es waren mindestens 3 MG-Salven. Dieser heimtückische Massenmord hinterließ 17 Tote und 23 Verletzte; mindestens 5 Verwundete, die laut stöhnten, erhielten den "Gnadenschuß". Die Fäden für dieses Massaker liefen beim Gouverneur von Guerrero zusammen. Und auch der Sonderstaatsanwalt, der diesen Vorfall untersuchen sollte, wurde vom Gouverneur bestellt, der schon am Tag danach vor Journalisten erklärte: "Sie wollten Krieg, und sie bekamen ihn."

- Dieses Massaker (eines von vielen) rief besonders starke Empörung im ganzen Lande aus. Einer der Polizisten hatte den 40minütigen Ablauf auf einem Videofilm festgehalten. Im mexikanischen Fernsehen erschien zunächst lediglich der letzte Teil, in dem tote Bauern gezeigt wurden, die Gewehre in den Händen hatten. Das wurde benutzt, um die OCSS für kriminell zu erklären. Die Verleumdung ihrer Männer rief die Witwen auf den Plan, die sich zu einem Komitee zusammengeschlossen haben und Aufklärung dieses Verbrechens und Bestrafung der Mörder, allen voran des Gouverneurs, fordern, aich aber auch als Sprachrohr für andere von Mord und Verschwindenlassen Betroffene verstehen.



Oben: Rocio Mesino Mesino bei einer Kundgebung im mexikanischen Staat Guerrero (Foto der OCSS). Unten: Rocio in Essen (Foto: Baran Funderman, Özgür Politika)

- Seit dem 29.06.1995 wurden 10 weitere - führende - Mitglieder der OCSS umgebracht, ein Mitglied ist in Haft verschwunden. Doch ließen sich die Betroffenen und mit ihnen immer mehr andere nicht zum Schweigen bringen, und nach etwa 8 Monaten gelangte plötzlich (die Kanäle sind hier dunkel) der gesamte Film ins mexikanische Fernsehen, und der zeigte, daß die völlig unbewaffneten Bauern hinterrücks überfallen und den Leichen hinterher die Waffen in die tote Hand gedrückt worden waren.
- Die mexikanische Bundesregierung, die von vornherein die Mörder unter ihren Schutz gestellt hatte, sah sich nunmehr außerstande, ihren Gouverneur länger zu halten. Am 11.03.1996 warf er angesichts des öffentlichen Drucks das Handtuch und wurde durch den Vorsitzenden der Regierungspartei PRI für Guerrero, Angel Aguirre Rivero, Großgrundbesitzer aus der Gemeinde Ometepec, ersetzt. Figueroa selbst weilt seither außer Landes. Er lebt heute in Houson (USA), nicht als Flüchtling, sondern als Tourist.
- Am 12.03.1996 besetzten angesichts dieser Vorgänge Mitglieder der OCSS zusammen mit der Union der Organisationen der Sierra del Sur friedlich die Botschaften Deutschlands, Italiens und Norwegens in der Ciudad del Mexico und die Konsulate dieser Staaten in Acapulco (Guerrero), um mit deren Hilfe ihrer Stimme Gehör zu verleihen und Gerechtigkeit zu verlangen. Noch am selben Tag wurden auf Ersuchen der deutschen Regierung die friedlichen Besetzer der deutschen Botschaft durch Spezialeinheiten der mexikanischen Polizei gewaltsam entfernt. Der deutsche Botschafter hatte ihnen zuvor allerdings versprochen, sich mit einem Brief an die mexikanische Regierung für ihr Anliegen und die Belange der Bauern zu verwenden. (Wir würden uns sehr freuen, ein solches Dokument mal in unserer Zeitschrift abdrucken zu können, sind aber davon überzeugt, daß das Versprechen eines Botschafters, der die Belange von Volkswagen Mexiko, Siemens, Bayer und Jacobs-Kaffee wahrzunehmen hat, zu den vielen leeren Versprechungen gehört, die Politiker auch hierzulande dem Volk zu machen pflegen.)



Eine der Witwen des 28. Juni 1995 (Foto der OCSS).

Eine Kopie des Videofilms hatte für die Veranstaltung von "Solidarität International" ein weiterer Vertreter des mexikanischen Volkes, Jose Rocha, der gegenwärtig in Frankreich wohnt und dort die Zweimonatszeitschrift "Resistencia Mexicana" herausgibt, mitgebracht. Er unterstrich eindrucksvoll das, was Rocio gesagt hatte. Jose hatte (noch vor dem Bericht von Rocio) einen detaillierten Überblick über die Geschichte des Widerstandes in Mexiko seit Anfang der 60er Jahre gegeben. Die Gründung der ältesten militärisch-politischen Organisation erfolgte 1964, die 1984 gegründete EZLN ist die jüngste. Der Widerstand ist seit dem Massaker an Studenten, ihren Angehörigen sowie jungen Arbeitern 1968 auf dem Tlaxtelolco-Platz in der Ciudad del Mexico überall im Lande gewachsen (auf dem Tlaxtelolco-Platz kamen damals über tausend Menschen um, die Leichen wurden anschließend größtenteils von Polizei und Armee verbrannt).

Wie sich die bewaffneten Widerstands-Organisationen zu einem Dachverband zusammengeschlossen hatten, haben sich seit Anfang dieses Jahres auch die nicht-bewaffneten Widerstands-Organisationen, darunter die OCSS, in einem Breiten Zusammenschluß für den Aufbau der Organisation zur Nationalen Befreiung zusammengefunden; ihr gehören sowohl Organisationen der Arbeitenden in den Städten (rund 80 % der Bevölkerung Mexikos leben dort) als auch auf dem Lande an; politische Parteien gleich welcher Couleur gehören - wie in der Diskussion mitgeteilt wurde - nicht dazu. Deren Vertreter haben nach Auffassung der Zusammengeschlossenen bisher zwar schöne Worte gefunden, aber ihre Taten haben sie Lügen gestraft.

Hingewiesen wurde noch darauf, daß in diesem Jahr vom 27. bis 29. Juni eine gemeinsame Tatortbesichtigung an den Aguas Blancas beabsichtigt ist, um die Toten und ihre noch unbestraften Mörder nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der Essener Rechtsanwalt Roland Meister, Vorsitzender von "Solidarität International", der einen Überblick über deren organisatorischen Stand gab (rund 1000 Mitglieder, 60 Ortsgruppen) leitete die (trotz kleinerer Pannen) überzeugende Veranstaltung, was (neben dem Spendenaufkommen) auch in

der Türkei und der BRD. Beweise gibt es keine. Alle Vermutungen sind 'offensichtlich erlogen'. Die Anklagedossiers sind 'leer'. Hier in Frankreich, dem 'Mutterland' der Demokratie, findet unter der historischen Losung 'Egalite, Liberte, Fraternite' (= Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit)* eine Kriminalisierung marxistisch-feministischen Gedankenguts statt. Und nicht nur dies: Die französische Politik zeigt auch ihr rassistisches Gesicht. Natürlich ist es gut, 'frei' zu sein. Es wäre aber eine Verharmlosung des Rassismus, darüber hinwegzusehen, daß eine deutsche Staatsbürgerin unter gleicher Anklage freigelassen wird, während sich türkische Asylsuchende im Knast befinden.

Viel spricht dafür, daß Ankara Druck machte und die französische Regierung sich auf dem Weg der widerlichen Diplomatie 'erkenntlich' zeigen wollte. Nachdem Dursun Karatas nach dreieinhalbmonatiger Haft in Paris unter 'Procédure judiciaire' (= anhängiges Verfahren)* freigelassen wurde und er sich dieser entzog, stand selbstverständlich Frankreich unter Beschuß der Ciller-Regierung. Und was liegt da näher, als Demokraten in den Knast zu stecken? Somit leistet Frankreich einerseits 'logistische' Unterstützung für die Türkei und erfüllt andererseits die Kooperation im Rahmen der Terrorismusbekämpfung in den europäischen Kernstaaten.

Terrorismusbekämpfung wird seit Anfang der 70er Jahre in länderübergreifenden Expertengremien wie dem TREVI (Terrorisme, Radicalisme et Violence Internationale), dem Ministertreffen der Schengener Vertragsstaaten und Expertenrunden wie für den Plan ZEN zusammen vorangetrieben. Seit Jahren wissen wir auch, daß die NATO zu dem Zweck der Terrorismusbekämpfung in allen westeuropäischen Ländern Geheimarmeen gegen den Kommunismus unterhalten hat. Diese befanden sich unter Führung der nationalen Militärgeheimdienste, die sich aus Faschisten und Polizisten rekrutierten. Offiziell sonnten die als 'Gladio' bekannten Kampftruppen im Falle einer Besetzung durch die Armeen des Warschauer Paktes hinter der feindlichen Linie Anschläge verüben. Gladio-Truppen waren bereits an den Militärputschen in der Türkei beteiligt. Selbstverständlich ist es auch Frankreich, das mit seinen Killern aus der 'Organisation de l'Armee Secrete' (OAS)* an Putsch teilnahm/teilnimmt, unangenehm, daß Verbrechen eines faschistischen 'befreundeten' NATO-Staates, wie die Türkei es ist, faktisch offen gemacht werden. All dies ist ihnen wie auch der BRD ja sowieso bekannt. Dabei behaupten sie, daß Folter und Massaker nur Propaganda terroristischer/linksextremistischer Organisationen seien. Sie vergessen dabei aber, daß sich diese Theorie nur

aufrechterhalten läßt, wenn Parlamentarier verschiedener Parteien/Länder, amnesty international und die UNO ebenfalls dem Umfeld des Terrorismus zugeordnet werden."

Diesem Schreiben, das Zusammenhänge aufzeigt und die Kriminalisierung beschreibt, die ebenso in der Türkei stattfinden könnte, fügen wir den Aufruf hinzu, Proteste und Anfragen an die französischen Behörden zu richten.

Wir fordern alle Gewerkschafter***, Parlamentarier, Rechtsanwälte und FreundInnen auf, gegen die Kriminalisierung zu protestieren und die Freiheit von Ursula Ünlü und den mit ihr festgenommenen Freunden Hasan Ber, Mahir Ider und Levent Yanlik zu fordern.

Protest an:

President de la Republique (Fax 0033/1/47422465)

Ministere de l'Interieur (Fax 0033/1/43598950 bzw. 40076060)

Ministere des Affaires Etrangeres (Fax 0033/1/45516012)

oder zwecks Weiterleitung an das Informationszentrum für Freie Völker (Fax 0221/7602887)

Für weitere Informationen: Rechtsanwalt M. Oussedik, Tel. 0033/1/43262811 (am besten nach 17 Uhr erreichbar)

*) Hinweis der Redaktion.

**) Dursun Karatas ist Generalsekretär der DHKP. Bei seiner Einreise nach Frankreich wurde er am 09.09.1994 festgenommen und am 26.01.1995 von der Chambre d'Accusation in Paris freigelassen.

***) Ursula Ünlü ist Gewerkschaftsmitglied.

GROSSE SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG DER MLKP

Am Samstag, dem 16. März 1996, fand in der Köln-Deutscher Sporthalle eine mit annähernd 8000 Menschen überaus gut besuchte Veranstaltung der MLKP statt. Hintergrund war der 1. Jahrestag der vom türkischen Staat in Gazi Ermordeten.

Mitglieder des Recklinghäuser "Internationalen Freundschaftsvereins" waren von der kämpferischen und optimistischen Atmosphäre dieser Veranstaltung begeistert und schickten uns diesen Kurzbericht:

Wir sind unter anderem deshalb zu der Veranstaltung gefahren, weil wir endlich mal eine große und vom deutschen Staat nicht verbotene Veranstaltung mit einem Auftritt von GRUP YORUM erleben wollten.

Die Sporthalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, und zu unserer großen Freude konnten wir feststellen, daß vom deutschen Staat keine Hundertschaften aufgeboten worden waren, um die Veranstaltung zu verbieten oder zu verhindern. Wir fragten uns, wie in Deutschland offensichtlich in so eklatanter Weise mit zweierlei Maß gemessen wird:

Zur Erinnerung: Am 10. Dezember 1995 war ein in der Europa-Halle Castrop-Rauxel von unserem Verein organisiertes großes Solidaritätskonzert von der Recklinghäuser Polizeipräsidentin verboten und verhindert worden, zur Begründung hatte damals die angekündigte Teilnahme der wohl bekanntesten linken Musikgruppe, Grup Yorum, herhalten müssen.

Es dürfte der Recklinghäuser Polizei in dem bevorstehenden Klageverfahren nun ein wenig schwerer fallen, die angeblichen Befürchtungen aufrechtzuerhalten, von der damals in Castrop-Rauxel geplanten Veranstaltung könnten wegen der Teilnahme von "Yorum" schwerste Gefährdungen der öffentlichen Ordnung ausgehen. In Köln jedenfalls feierten über 8000 Menschen ein begeisterndes Solidaritätsfest, auf dem neben "Yorum" weitere bekannte türkische und kurdische Künstler wie Musa EROGLU und Ferhat TUNC sowie die Gruppen GRUP KIZILIRMAK und GRUP VARDIYA auftraten. Sehr viel Spaß hatte das Publikum bei dem hinreißenden Auftritt des bekannten türkischen Filmemachers Iliyas SALMAN.

Unter den politischen Reden und Grußadressen sind die Beiträge der bekannten Gewerkschafter Münir CEYLAN (Petrol-Is) und Atila AYCIN (Hava-Is) hervorzuheben.

Es war eine Veranstaltung, bei der das Publikum nicht passiver Zuschauer war, die Menschen waren von der ersten bis zur letzten Minute aktiv dabei, sei es durch zahlreiche Parolen oder durch Tänze. Vor allem beim Auftritt von "Yorum" tanzten ein paar Tausend Jugendliche in der Halle - wann hat man das bei vergleichbaren deutschen Veranstaltungen der vergangenen Jahre erlebt?



Mit großer Anteilnahme hörten die Anwesenden die Wortbeiträge von Hatice TORAMAN, der Mutter eines der Ermordeten, und von zwei alten Kommunisten, Mehmet BOZISIK und Ali ERIS. Was uns politisch am meisten freute: Nach dem wiederholten Aufruf von Frau Toraman, die türkischen Revolutionäre mögen ihre Spaltungen überwinden und endlich vereint kämpfen, liefen minutenlang junge Leute gemeinsam mit den Fahnen der MLKP und der DHKP-C über die Bühne und durch den Saal, was mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Fazit für uns: Die deutsche Linke - auf der Veranstaltung waren vielleicht 20 Deutsche anwesend - muß raus aus ihrer nationalen Borniertheit

Hoch die Internationale Solidarität !

Der "türkische Islam" und die deutsche Linke

Man hört und liest in letzter Zeit immer wieder, daß die "deutschen Linken" bewußt oder unbewußt mit ihren Argumenten, manchmal sogar mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung, den türkischen (rechtsradikalen) "islamischen Fundamentalisten" unter die Arme greifen. Diese Haltung gegenüber dem "türkischen Islam", der für zahlreiche Massaker an Linken und Aleviten in der Türkei verantwortlich ist, beunruhigt die Linke aus der Türkei in der Bundesrepublik

Solange der Glaube und die Religion in ihren legitimen Grenzen verbleiben, stellen sie einen Teil der Kultur und der Tradition dar und können sogar soziale Wirkungen ausüben. Im Islam werden diese Grenzen auf gravierende Art und Weise überschritten. Der Islam ist heute nicht als religiöse, sondern vor allem als eine politische Bedrohung wahrzunehmen. Die marxistische These "Die Religion ist Opium fürs Volk" gilt in unserem Jahrhundert für keine andere Religion wie für den Islam, auch in der Türkei.

In einer Presseerklärung der PDS-Bundestagsgruppe anlässlich des Deutschlandbesuchs der (damaligen) türkischen Ministerpräsidentin T. Ciller heißt es: "...Beobachtern und Beobachterinnen der Entwicklung in der Türkei ist klar: Nicht der "islamische Fundamentalismus" ist eine Gefahr für die Türkei, sondern der immer offener auftretende Faschismus...". In Datteln, in der Nähe von Dortmund, hat die GRÜNEN-Ortsgruppe einer türkischen DITIB*-Moschee 10 000 DM gespendet. In Essen setzt sich ein "linker" Grüner, der auch als ein Türkei-Experte gilt, für den Bau eines 3,5 Millionen Mark teuren "islamischen Kulturzentrums" ein, obwohl er wissen mußte, daß die staatliche DITIB in

dieser Moschee untergebracht werden soll. Obwohl er ganz genau weiß, daß der Antrag für den Bau des Zentrums von einem ultrarechten Moslem im Ausländerbeirat gestellt wurde, es gibt auch andere Beispiele. Bei den Wahlen am 24. Dezember 1995 wurde die islamische "Wohlfahrtspartei" (Refah) zur stärksten Partei im türkischen Parlament. Der Vorsitzende der "Refah", Necmettin Erbakan, verabscheut alle "westlichen Staaten". Im Wahlkampf erhob er "die baldige Befreiung Bosniens, Tschetscheniens, Aserbeidschans" sowie die "Zerstörung Israels" und den "Kampf gegen den Zionismus" zum Programm.

"Es liegt in der Hand der anderen Parteien, ob die Revolution "süß oder blutig" verläuft", sagten führende Parteifunktionäre. Solche Sprüche müßten eigentlich für die deutschen linken Beobachter Gründe dafür sein, sich offen (auch) gegen die "islamischen Fundamentalisten" in der Türkei zu stellen. Seit den letzten Kommunalwahlen 1994 stellt die "Refah" zahlreiche Bürgermeister, darunter in den Millionenstädten Istanbul und Ankara. Den Beobachtern, auch "Linken", "ist klar", daß sie "im großen und ganzen ihre Arbeit gut machen". Dagegen spricht die massendeindliche Politik der

"Refah"-Oberbürgermeister in Ankara, Istanbul und in anderen Städten. Sie haben in Gebieten, in denen sie die Mehrheit bilden, das "Alkoholverbot" durchgesetzt. In einigen Stadtbezirken von Konya, wo die "Refah" besonders stark ist, dürfen die Frauen und Männer schon seit vielen Jahren nicht dieselben öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.

Die Türkei bewegt sich offen einer "islamischen Republik" zu. Man darf heute nicht staunen, daß die Massen sich nach dem Islam sehnen, denn der angebliche "laizistische" Staat hat ihm den Boden bereitet. Der Islam wurde als Gegenkraft zum Kommunismus und Sozialismus aufgebaut, da in den 60er und 70er Jahren auch linke Parteien, u.a. die Türkische Arbeiterpartei TIP, gegründet wurden und bei den Parlamentswahlen erfolgreich waren. Bereits nach der Machtergreifung durch die Militärs am 12. März 1971 und in den folgenden Regierungen war eine tolerante Haltung zu islamischen Strömungen zu beobachten. Mit der Begründung, daß der Islam als Ideologie am besten dazu geeignet sei, als Bollwerk den erstarkenden Linken entgegenzutreten. Beispielsweise haben die Militärs die *Imam-Hatip-Schulen* zu Gymnasien aufgewertet, um die nationale und geistige Tradition zu stärken. Die führenden

Politiker der 12-September-Ära haben diese Politik fortgesetzt. Im Jahre 1976 unter der Regierung der "Nationalen Front" (AP=heutige DYP, MSP=heutige Refah und MHP) wurde die Türkei Vollmitglied der Islamischen Konferenz. Am 12. Mai fand die "7. Islamische Konferenz" in Istanbul statt. Der damalige Ministerpräsident und heutige Staatspräsident S. Demirel fand dies unbedenklich, denn *"lediglich der Staat sei laizistisch, nicht aber die Nation, und der Islam sei ein gemeinsamer Nenner der türkischen wie der arabischen Außenpolitik"*. Es war S. Demirel, der die militanten Anhänger des Islam gegen die linke Bewegung einsetzte. Er forderte die "Gläubigen" öffentlich auf, *"gegen die Ungläubigen zu kämpfen"*. Sogar in verschiedenen Ministerien und Behörden werden seit vielen Jahren in der Zeit des **Ramadan** die Betriebskantinen geschlossen.

Was die Militärs nicht zu Ende führen konnten, wurde von der ANAP (Mutterlandspartei von T. Özal), in der es viele "fromme" Moslems gab und gibt - so war Özal ein Anhänger des *Naksibendi**-Ordens* - weitergeführt. Die Basis für eine Islamisierung der Gesellschaft und der Bürokratie war mit der Verfassung von 1982 schon festgelegt. Wenn man sich das Parteiprogramm von ANAP anschaut, heißt es unter der Überschrift "Religion und Laizismus" im

Artikel 6: "Wir betrachten die erforderliche Maßnahme bezüglich religiöser Bildung und Erziehung in Grund- und Mittelschulen als notwendig, um die Erziehung einer moralischen und ausgeglichenen Generation zu garantieren." Der Staat mit seinen "Theologiefakultäten", "Islamischen Instituten" und "Imam-Hatip-Schulen" hat islamische Bürokraten erzogen, die heute große Bereiche der Verwaltung (Landräte, Gouverneure usw.) kontrollieren.

Zwar wird der Säkularismus in der Verfassung von 1982 als Grundorientierung der türkischen Politik an mehreren Stellen genannt, doch ist andererseits dem Islam als einem religiösen und gesellschaftlichen Phänomen seit dem letzten Militärputsch in vorher nicht genannter Weise Rechnung getragen worden. Als Beispiele für entsprechende Maßnahmen sind die Wiedereinführung des obligatorischen Religionsunterrichts in Grund- und weiterführenden Schulen (Artikel 24 der Verfassung), die öffentliche Rehabilitierung einer islamischen Moral, die Zulassung islamischer Finanzierungsinstitutionen u.a.m. genannt.

Die Islamisierung in der Türkei erfolgt durch den Staat und ist damit ein Teil seiner Politik.

Wie die "islamischen Fundamentalisten" mit Andersdenkenden umgehen, wenn sie nur in die Nähe der Macht kommen, haben die oft bewiesen: 1992

haben Anhänger der Refah Partisi in der türkischen Stadt Sivas ein Hotel in Brand gesteckt, in dem 26 linke Intellektuelle verbrannten. Kurze Zeit später hielt der Refah-Bürgermeister dieser Stadt, Temel Karamollaoglu, eine Rede, die offene Drohungen enthielt: "Natürlich schauen unsere Gegner nicht tatenlos zu, wenn wir uns unserem Ziel nähern. Aber, Gott sei Dank, haben unsere Geschwister in Sivas diesen Elementen (gemeint sind Alewiten) die beste Antwort gegeben. Und diese Antwort werden unsere Gegner noch öfter zu hören bekommen."

Der Holocaust in Kahraman Marasch vom Dezember 1978 begann mit einem Aufruf von Hodschas, die alle "Gläubigen" zum "Heiligen Krieg" gegen Alewiten und Kommunisten aufriefen und versprachen: "Wer einen Alewiten tötet, geht ins Paradies ein, der Tod eines Alewiten gilt so viel, wie fünf Pilgerfahrten in die Heilige Stadt." (bis heute hat sich an der Haltung der "türkischen Islamisten" gegenüber Andersdenkenden nichts geändert.). Damals wurden innerhalb weniger Tage von islamischen Fanatikern und MHP-Faschisten gemeinsam mehr als tausend kurdische Alewiten, darunter viele Kinder und Frauen, massakriert.

In Westeuropa nutzt der Islam die gesetzlichen Möglichkeiten, die ihm die vergleichsweise

Anzeigen

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

"demokratischen" und "liberalen" Staaten des Westens geben, aus. Es steht sicherlich auch den türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik die ungestörte Religionsausübung zu. Wenn jedoch von vornherein feststeht, daß die Korankurse in den Moscheen fundamentalistisch, antiintegrativ und rechtsextremistisch sind, dann fragt man sich, wieso diese Kreise ausgerechnet die Unterstützung von "Linken" erhalten, wieso sie von diesen "Linken" so verarmlost werden. Es sollte den deutschen "Linken" endlich klar sein, daß die "islamischen Zentren", "Koranschulen", "Moscheen" nicht als Gebetsräume dienen, sondern in diesen fast ausschließlich reaktionär-nationalistisches Gedankengut und religiöser Fanatismus vermittelt werden.

Alle islamischen Gruppen und Parteien (außer Alevitismus*** und einigen kleineren Gruppen) sind sich in ihrer Haltung zu vielen Einzelfragen darüber einig, daß das sozioökonomische und politische Leben der Gesellschaft nach den Regeln der Scharia geordnet werden muß. In der BRD propagieren die Islamisten ihre reaktionären politisch-religiösen Ziele, lehnen eine Integration der türkischen Arbeitnehmer in die deutsche Gesellschaft ab, betonen in übertriebenem Maße die Unterschiede zwischen Islam und Christentum, was letztlich aus dem Koran herrührt. Sure fünf, Vers 51 des Koran schreibt vor: "Ihr Gläubigen! Nehmt nicht die Juden und Christen zu Freunden! Sie sind untereinander Freunde (aber nicht mit Euch). Wenn einer von Euch sich ihnen anschließt, gehört er zu ihnen." Da der Koran für den Muslim unhinterfragbar das "Wort Gottes" ist, wird begreiflich, daß er seine christliche Umgebung durch das Raster des Kran betrachtet und zu dieser Gesellschaft auf Distanz geht.

Die Islamisierung des Iran hat schlimmere Effekte als die

Diktatur des Schah Pahlewi, nicht nur für die Freiheit der Menschen, auch für die Wirtschaft. Nach kurzer Zeit wurden die Zustände im Iran schlimmer, brutaler und barbarischer als vorher. Dieses Beispiel sollte den "Linken" als "Argumentationshilfe" dienen, um so, wie sie gegen die politische Reaktion vorgehen, auch gegen den politischen Islam (es gibt nur politischen Islam) vorzugehen. Der "islamische Fundamentalismus" ist außerdem gar nicht in der Lage, ein Land zu "verwalten". Mit dem Koran, der vor fast 1500 Jahren geschrieben worden ist, kann man weder die gesellschaftlich-politische Situation noch die Ökonomie des 20. und der kommenden Jahrhunderte leiten.

Man sollte auch nicht auf die Idee kommen, etwa die Refah und ähnliche Parteien mit den "christlich-demokratischen" Parteien in westlichen Ländern zu vergleichen. Im Vergleich zu diesen ist sie eher eine ideologische Partei und offen rechtsextrem. Das soll natürlich nicht heißen, daß die "christlich-demokratischen" Parteien frei von jeder Ideologie sind. Aber im Vergleich zum Islam hat es im Christentum eine "Aufklärungsphase" gegeben. Eine solche Tendenz ist beim Islam noch nicht ersichtlich.

Die Aufgabe der Linken den islamischen Fundamentalisten gegenüber sollte genau so sein wie gegenüber dem Rechtsextremismus. Die "türkischen Islamisten" sind lediglich das Gegenstück der deutschen Neonazis. Andersdenkende Menschen werden einfach verbrannt oder liquidiert.

Fikri Arslan

* *DITIB = "Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V." Die Vorbeter in DITIB-Moscheen werden aus der Türkei staatlich beauftragt und müssen sich als freiwillige Agenten für den türkischen Staat verpflichten.*

** *Naksibendi-Orden: Dieser Orden stellt das Symbol des Kampfes gegen den Laizismus dar*

*** *Aleviten haben eine stark reformierte Religionsauffassung und sind daher für die reaktionären Tendenzen des Islam wenig ansprechbar. Etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung in der Türkei sind Aleviten.*

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16
☎ 02361 / 17002

**"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -**

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

**"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Todschatz.
Heinrich Heine "Atta Troll"**

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

Der rechtsradikale Mörder Thomas L.

Nach den Hausdurchsuchungen der Staatsanwaltschaft Dortmund in den Wohnungen von Mitgliedern der neofaschistischen "Kameradschaft Recklinghausen" (wir berichteten in der letzten Ausgabe) und der "Deutschen Liste" ist der Kreis Recklinghausen erneut bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Am Sonntag, den 17. März 1996, wurde Thomas L. wegen Verdacht des mehrfachen Mordes verhaftet.

Thomas L. wurde als nichteheliches Kind am 31.7. 1968 in Gladbeck geboren. Sein Vater starb, als er etwas über ein Jahr alt war. Drei bis vier Jahre später heiratete seine Mutter erneut. Die Ehe wurde nach zwei Jahren geschieden. Thomas L. lebte mal bei den Großeltern, mal bei der Mutter. Noch bis vor einigen Jahren wohnte er bei seiner Mutter, mit der er jedoch immer öfter Streit hatte. Thomas L. ist groß, schwer und von kräftiger Statur. Er ist Arbeiter und war arbeitslos. Zunächst fiel er dadurch auf, daß er Mitschüler und Bekannte mit Waffen bedrohte. Seit 1984 hatte Thomas L. Kontakte zur rechtsradikalen Szene. Er soll an Schießübungen von rechtsradikalen Gruppierungen beteiligt gewesen sein. Nach Mitteilung der Polizei ist er Mitglied der inzwischen verbotenen FAP und der Deutschen Liga. Darüber hinaus war er laut WAZ Mitglied der Deutschen Alternative und der Deutschen Liste. Ferner gehörte er nach Informationen der VVN der DVU und der im Untergrund wirkenden Nationalistischen Front (NF) an. In seinen Unterlagen hatte er die aktuellen Adressen führender Köpfe der rechtsradikalen Szene. 1991 sollen zwei Gladbecker Kommunalpolitiker von Thomas L. Drohbriefe erhalten haben.

"Dein Sarg ist schon bestellt", hieß es darin.

Haftstrafen wegen zahlreicher Verbrechen

Bisher hat Thomas L. drei Jahre Freiheitsstrafe verbüßt. Er ist u.a. rechtskräftig abgeurteilt worden wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, Körperverletzung, versuchter schwerer Brandstiftung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Diebstahl, Sachbeschädigung und Volksverhetzung. Im Juni 1991 wurde Thomas L. wegen mehrerer Straftaten zu 14 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Zum ersten Verhandlungstag war er mit Khaki-Hemd erschienen und begrüßte das Gericht mit dem "Hitlergruß". In den Nachrichten der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) vom Februar 1993 wird er in der "Gefangenenliste" aufgeführt. In derselben Ausgabe ist *"eine durchaus brauchbare Abhandlung für inhaftierte Kameradinnen und Kameraden"* von Thomas L. abgedruckt, die er auf Anraten des HNG-Gebietsbeauftragten Erhard Kemper verfaßt hatte. Unter dem Titel *"Wie verhalte ich mich in der Gesinnungshaft am besten?"* gibt er Empfehlungen zum Umgang mit Wächtern, Mitgefangenen, Inhaftierten

"Kameraden" und höheren Bediensteten der JVA.

Eigene Ehefrau bedroht

Thomas L. lernte Sharon 1994 über Freunde aus der rechtsradikalen Szene in den Vereinigten Staaten kennen. Am 17.11.1994 heiratete er sie in Gladbeck. Schon kurze Zeit später kam es zwischen den Eheleuten jedoch zu Problemen. Sharon kehrte daher am 2.3.1995 nach Amerika zurück. Sie wollte ihren Mann nicht mehr sehen und keinen Kontakt mehr zu ihm. Sie habe sich von der Szene abgewandt. Seitdem erhielt sie mehrere Drohbriefe, Anrufe und gefährliche Pakete. So wurden ihr z.B. Zigaretten zugeschickt, die mit Chemikalien präpariert waren.

Dagmar K. erwürgt und erschlagen

Anfang 1995 war Thomas L. angeklagt, weil er einen "Steckbrief" verteilt hatte, auf dem Martin Kemming als Neonazi bloßgestellt wurde. Da er nicht vor Gericht erschienen war, wurde er seit Mai 1995 steckbrieflich gesucht. Die Altenpflegerin Dagmar K. (25 Jahre) aus Dortmund war eine frühere Bekannte von Thomas Lemke. Sie wußte, daß sich dieser in der Wohnung seiner neuen Freundin, der 25jährigen Altenpflegerin Bianca W. in Altena-Dahle

im Sauerland versteckt hielt. Thomas L. befürchtete, daß Dagmar K. der Polizei seinen Aufenthalt verraten könnte. Am Sonntag, den 16.7.1995, rief Lemke bei Damar K. an und verabredete ein Treffen auf dem Aplerbecker Markt in Dortmund. Danach fuhren sie nach Altena. In der Wohnung seiner Freundin wurde Damar K. gefesselt und geknebelt. Augen und Mund wurden mit Klebeband verbunden. In den Abendstunden wurde sie in den Kofferraum eines PKW gelegt und in den nahegelegenen Wald gefahren. Hier hoben Thomas L. und Bianca W. eine Grube aus. Beide legten einen Strick um den Hals des Opfers und zogen an den Seilenden. Danach warfen sie Dagmar K. in die Grube. Als diese noch röchelte, schlug ihr Thomas L. mit dem Klappspaten auf den Schädel. Danach verscharrten sie die Leiche.

Schwarzafrikaner erschossen?

Im Herbst 1995 will Thomas L. in Duisburg-Friemershausen am Rheinufer einen ihm unbekanntem Schwarzafrikaner mit einem Schuß aus einer Pistole in die Brust getötet und den Leichnam in den Rhein geworfen haben. Die Leiche wurde bisher jedoch nicht gefunden.

Patricia Wright erschlagen und erstochen

Am Samstag, den 3. Februar 1996, hielt sich Thomas L. in Begleitung seines 24jährigen Freundes Marcel M. aus Oberhausen in Bergisch-Gladbach auf. Hier trafen sie auf die 23jährige Patricia W. Auf ihrem Jackenärmel trug

sie einen Aufnäher mit der Aufschrift "Nazis raus". Thomas L. störte das sehr. Er sprach sie an. Sie gingen gemeinsam in die Wohnung von Patricia W., wo Thomas L. sie mit einer Gipsbüste niederschlug. Danach versuchte er, die junge Frau mit einem Schnürsenkel zu erdrosseln. Schließlich griff Thomas L. zum Messer und erstach Patricia W. mit 91 Messerstichen in den Rücken.

Bombendrohung gegen einen Gladbecker Amtsrichter

Eine Briefbomben-Attrappe hatte am 7. Februar 1996 für Aufregung im Gladbecker Amtsgericht gesorgt. Das Gebäude mußte geräumt werden. Lemke wollte mit dieser Aktion den Richter einschüchtern, der ihn im Juni 1991 verurteilt hatte.

Martin Kemming mit Gewehr zerfetzt

Martin K. war 26 Jahre alt und kam aus Bottrop. Er ließ sich gerade zum Offset-Drucker umschulen. Thomas L. und er kannten sich aufgrund ihrer gemeinsamen rechten Gesinnung und waren einige Jahre miteinander befreundet. Martin K. stieg jedoch aus der rechten Szene aus. Thomas L. bedrohte daraufhin seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen mehrfach. So hatte ihm Thomas L. 1989 eine Waffe an den Kopf gehalten. Am Freitag,

den 15. März 1996, war Martin K. zu Besuch bei den Eltern seiner Freundin in Dorsten-Rhade. Nachdem Thomas L. den Aufenthaltsort von Martin K. herausgefunden hatte, suchte er ihn gegen Mitternacht auf, um ihn zur Rücknahme einer belastenden Aussage zu bewegen. Unter dem Vorwand, er habe seinen Wagen angefahren, lockte er Martin K. ins Treppenhaus. Wortlos zog er dann ein kurzläufiges Repetiergewehr. Aus kurzer Entfernung gab er zwei Schrotschüsse auf sein Opfer ab. Martin K. erlag noch am Tatort seinen schweren Brust- und Bauchverletzungen. Die Waffe hatte dem Täter seine Freundin Bianca W. im Ausland besorgt.

Weitere Morde ?

Bei einem Bekannten von Thomas L. in Gladbeck fand die Polizei am 20.3.96 eine Tafel mit vier Namen und

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle



Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

Fotos. An oberster Stelle stand Martin K.. Es wird vermutet, daß es sich um eine "Todesliste" handelt und die anderen drei Genannten noch folgen sollten.

Am 21.3.1996 führte Thomas L. die Ermittlungsbeamten zu einer Stelle am Rheinufer in Düsseldorf nahe der Oberkasseler Brücke, wo er eine unbekannte Person umgebracht haben will.

Unter Beeinflussung von "Odin" ?

Nach Meinung der Polizei sollen sich bei der Vernehmung von Thomas L. Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß er zur Tatzeit zumindest vermindert schuldfähig gewesen sein könnte. Er will den Mord unter Einfluß der "besonderen Kraft" Odins (germanischer Gott der Schlachten und Lenker

des Todesschicksals) begangen haben. Odin gebe ihm auch Zeichen, was er wann der Polizei gestehen dürfe. Aufgrund seines Geisteszustandes wurde Thomas L. in das Westfälische Landeskrankenhaus nach Eickelborn eingewiesen.

Die Polizei geht davon aus, daß die Taten keiner rechtsradikalen Organisation zuzuschreiben sind und daß es sich bei Thomas L. um einen Einzeltäter handelt. Er habe ohne Auftrag und ohne Absprache getötet.

Detlev Beyer-Peters

Quellenhinweise:

Nachrichten der HNG, Februar 1993, 15. Jahrgang - Nr. 147

Recklinghäuser Zeitung (Kreis Recklinghausen) vom 19., 21., 23., und 26. März 1996

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Ruhrgebiet) vom 21., 23., und 28. März 1996

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Dorsten) vom 21. und 23. März 1996

Ruhr-Nachrichten (Kreis Recklinghausen) und Ruhrnachrichten (Dorsten) vom 21.3.1996

Pressemitteilung der VVN-BdA-NRW vom 22.3.1996

Westfälische Rundschau (Altena) vom 22.3.1996

Ruhr-Nachrichten (Bochum) vom 23.3.1996

Gemeinsame Presseerklärungen der Staatsanwaltschaft Essen und des Polizeipräsidiums Recklinghausen vom 18., 21., 22. und 27.3.1996

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION AM 26. MAI 96 GEGEN DEN ABSCHIEBEKNAST BÜREN

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren am dritten Jahrestag der Verabschiedung des 'Asyl-Kompromisses'.

- Gegen den größten Abschiebeknast der BRD, stellvertretend für alle Abschiebeknäste in diesem Deutsch-Land

- Zum Zeichen unseres Widerstandes gegen eine rassistische Flüchtlingspolitik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und Einsperrung von Menschen ist.

- Um die Flüchtlinge in ihrem Widerstand zu unterstützen und zu ermutigen.

**Demo-Beginn: Pfingst-Sonntag, 26. Mai 1996, 12.00 Uhr
am Abschiebeknast**

**Keine Abschiebungen - Weg mit den Abschiebeknästen !
Weg mit den rassistischen Sondergesetzen !**

Grenzen auf !

Am Tag vor der Demonstration findet im nahegelegenen Paderborn eine Diskussions-Tagung statt, die in drei Foren einen Blick auf die deutsche Gesellschaft werfen soll und auf die Mechanismen des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus hierzulande. Im Anschluß daran findet ein Solikonzert statt.

Veranstaltung "Grenzziehungen".

Samstag, 25. Mai 1996, 10.00 Uhr, Uni/GH Paderborn.

Kommentar: Taten eines Wahnsinnigen?

Die Greuelthaten des Thomas L. haben Entsetzen ausgelöst. Die unfassbare Kaltblütigkeit und Brutalität, die Thomas L. an den Tag legte, läßt die Frage aufkommen, wie so etwas möglich wurde. Die Ratlosigkeit der Medien wird am Ende eines Kommentars in der WAZ vom 21. März offensichtlich: *"Fünf Morde - wer soll das begreifen?"* Schnelle Erklärungen für die schockierende Mordserie werden gesucht und gefunden: die schwere Kindheit und Jugend von Thomas L., seine Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die Entwicklung schwerster Verhaltensstörungen und psychischer Defekte. Dabei ist der Lebensweg von Thomas L. für einen wachsenden Teil von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft inzwischen gar nicht mehr so untypisch. Es dürfte unzweifelhaft so sein, daß hinter zunehmender Gewaltbereitschaft jugendlicher wachsende Zukunfts- u.a. Ängste, Minderwertigkeitsgefühle und Orientierungslosigkeit stecken. Dies mag auch erklären, warum immer häufiger jugendliche in die Hände von faschistischen Rattenfängern fallen und sich in deren Organisationen "verfangen". Aber in zahlreichen Strafverfahren

gegen rechtsradikale Täter konnte ich selbst erleben, daß von Richtern, Polizisten, Staatsanwälten, Sozialarbeitern und den Medien gerade dieses politische Umfeld entweder gar nicht oder in unzureichendem Maße in die Betrachtungen einbezogen wurde. Seit 1984 ist Thomas L. in neofaschistischen Organisationen aktiv. Von diesen hat er sich ein entsprechendes Weltbild einprägen lassen, aus dem er sich seine Sündenböcke genommen hat. Diese Organisationen und ihre Führer gaben seiner Gewaltbereitschaft ein politisches Ziel und seinen Gewalttaten eine scheinbare ideelle Legitimation. Seine Straftaten müssen bei seinen rechten Gesinnungsgenossen auf Verständnis und vielleicht sogar Zustimmung gestoßen sein. Thomas L. hat das in die Tat umgesetzt, wovon andere bei "Kameradschaftstreffen" wahrscheinlich nur gesprochen haben. Anders ist nicht zu erklären, warum sich Thomas L. ihnen gegenüber mit seinen Mordtaten brüstete und brüsten konnte. Wie war es sonst möglich, daß die Polizei nur aus dem familiären Umfeld von Thomas L. Hinweise z.B. über seinen Aufenthaltsort erhielt?

In der rechtsextremen Szene selbst stieß die Polizei bei ihren Fahndungsmaßnahmen bis nach dem Mord an Martin K. stets auf eine Mauer des Schweigens. Thomas Lemke fand in der militanten rechten Szene seine Lehrmeister. So wurde er als Häftling von dem HNG-Funktionär und FAP-Mitglied Erhard Kemper betreut, der ihn mit dem Gedankengut von Hitler und dem Geist Odins "versorgt" hat. Die HNG wurde u.a. von Hans-Eberhard Hefendahl angeführt. Hefendahl wurde im Februar vorigen Jahres zu einer lächerlichen Geldstrafe von 4000 DM verurteilt, weil er die Drohliste des "Einblick" vervielfältigt und von Dänemark aus verbreitet hatte. Bei dieser Schwarzen Liste handelt es sich um eine nazistische Mordliste, die *"für mehrere Jahre"* ausgelegt wurde, um denen nach dem Leben zu trachten, die den heutigen Faschismus öffentlich machen. Zitat aus "Einblick": *"Wir werden hier tunlichst vermeiden, zur Gewalt im Sinne von Körperverletzung, Tötung usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit den ihm hier zugänglich gemachten Daten umgeht."* Außerdem ruft der "Einblick" zur Schaffung weiterer Listen auf regionaler Ebene auf. So sind z.B. Listen aus dem Raum Gladbeck erschienen. Auf einer Bonner Liste stand

übrigens auch die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Im April 1995 lag im Briefkasten der Antifaschistischen Zeitung (AntifaZ) in Recklinghausen der "Angriff - Mitteldeutsche Jugendzeitung". Dort hieß es auf Seite 20 unter der Überschrift: *"Die Zecke von Nebenan": "Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Personen, die unserem Tun gewalttätig/aggressiv gegenüberstehen und dazu übergegangen sind, ihrerseits Angriffe auf Kameraden durchzuführen bzw. diese durch Denunziation bloßzustellen, um sie damit zum 'Abschuß' freizugeben. Dies soll kein Aufruf zur Gegengewalt sein! Wir sind der Meinung, daß sich ein gemeinsamer Widerstand zur Zerschlagung systemtragender Kräfte finden muß. Deshalb sind wir gezwungen, gerade mit ihren besten und aktivsten Leuten darüber zu reden und sie zur Einstellung der Kampfhandlungen zu bewegen.."* Neben der Adresse der AntifaZ werden in der neofaschistischen Postille unter anderem zwei Bürger aus Oer-Erkenschwick mit Adresse, Telefonnummer, Kfz-Typ und -Kennzeichen genannt, die "für die Antifa in Recklinghausen" aktiv sein sollen. Die AntifaZ hatte kurz vorher bekanntgemacht, daß Dieter Riefling und Frank Reber die "Anti-Antifa" im nördlichen Ruhrgebiet aufbauen. Hier schließt sich der Kreis zu

Thomas L., der nach Angaben der WAZ Mitglied in der "Deutschen Liste" (DL) gewesen ist, in der Frank Reber der "Ortsleiter" ist. Daß in den Reihen der "Deutschen Liste" eine hohe Bereitschaft zu Gewalttaten besteht, hat sich im vergangenen Jahr gezeigt. So wurde im Mai 1995 Markus Kriedel verurteilt, weil er einen Jugendlichen brutal zusammengeschlagen hatte, der ein von ihm frisch geklebt NPD-Plakat überklebt hatte. Uwe Jerosch, Bruder des Landtags-Kandidaten der DL, Andreas Jerosch, wurde verurteilt, weil er auf der Straße einen tamilischen Blumenverkäufer zusammengeschlagen hatte. Auch zu den Rieflings, die der FAP angehören und in Oer-Erkenschwick regelmäßig Massenschlägereien zwischen Skinheads und türkischen Jugendlichen mitorganisiert haben, muß Thomas L. einen guten Draht gehabt haben. In seinem Brief an die HNG-Nachrichten schreibt er aus seiner Haft heraus: *"Der Bruder von Dieter Riefling, Jürgen, erhielt über das letzte Jul-Fest Hafturlaub von der JVA Hameln. Nachdem er vom HBF Recklinghausen abgeholt wurde, wurde das Auto von der Politischen Polizei angehalten und durchsucht, Propagandamaterial wurde beschlagnahmt und der Jürgen wurde sofort wieder in die JVA Recklinghausen gebracht, von wo er nach*

Hameln verlegt wurde."

Der Kreis Recklinghausen (insbesondere Herten) entwickelt sich immer mehr zum Zentrum militanter neofaschistischer Aktivitäten. Alle, die antifaschistisch denken und handeln, sind daher gefordert, sich dieser Entwicklung mit offenem Visier entgegenzustellen. Das Hertenener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus, VVN, AFB u.a. haben vielfältige Beispiele für entsprechende Aktivitäten geliefert. Notwendiger denn je wird eine Koordination der AntifaschistInnen auf Ebene des Kreises Recklinghausen. Ziel muß es sein:

1. die politischen Wirkungsmöglichkeiten der faschistischen Organisationen wie z.B. der DL, der "Unabhängigen Wählergruppe", des "Sportaktivisten e.V." und der verbotenen FAP einzuschränken und für ein Verbot einzutreten,
2. der zunehmenden Feindlichkeit und dem Haß z.B. gegen Ausländer, Behinderte, Obdachlose, Alte in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken,
3. den Widerstand gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau und gegen einen Staat der Unternehmer mitzuentwickeln,
4. die örtliche Geschichte vor, während und nach der Zeit des Faschismus aufzuarbeiten und dadurch aufzuzeigen, wohin faschistische Politik führt.

Detlev Beyer-Peters

OSTERMARSCH 1996

Unter dem Motto "Frieden jetzt" liefen (oder fuhren Fahrrad) mehrere hundert Menschen während der diesjährigen Ostertage den traditionellen "Ostermarsch" von Duisburg bis Dortmund.

Ältere TeilnehmerInnen fanden es schade, daß nicht mehr ein durchgehender "Marsch" organisiert wurde, sondern die Strecke in mehrere, nicht miteinander verbundene, Einzeletappen aufgeteilt worden war.

Die erste Etappe ging Samstag von Duisburg nach Oberhausen, die zweite als Fahrrad-Tour von Essen nach Bochum-Langendreer, und der dritte Teilabschnitt führte von Bochum-Werne nach Dortmund.

Die drei "Touren" wurden eingerahmt von einem Programm mit politischen, kulturellen und religiösen Veranstaltungen.

Mitglieder des Antifaschistischen Bundes (AFB) Ruhrgebiet nahmen am Marsch von Bochum-Werne nach Dortmund teil, der anfangs mit knapp 200 Menschen nach einem "Friedensgottesdienst" (sind das nicht alle Gottesdienste?) loszog, am Ende in Dortmund auf knapp 800 Menschen angewachsen war.

Wundersame Vermehrung durch Gottes Hilfe? Nein, unterwegs waren einige hundert kurdische Menschen dazugestoßen, da der diesjährige Ostermarsch die Forderung nach "Frieden jetzt - in Kurdistan" in sein Programm aufgenommen hatte.

Na ja, mit den KurdInnen, da hatten die Ostermarschierer so ihre Probleme, wie Lakis berichtete, der in Wattenscheid und Werne Redebeiträge des kurdischen Dachverbandes YEK-KOM gehalten hatte. In Wattenscheid war er von einem Passanten auf übelste Weise beschimpft worden ("Kurden sind Drogenhändler") - ohne daß auch nur einer der Mitmarschierer zu diesem provozierenden Auftritt ein Wort verlor.

Sie machten es allerdings wieder wett, denn zu den Parolen der teilnehmenden KurdInnen ("Es lebe Apo", "Wir sind PKK", "Deutsche Waffenraus aus Kurdistan") schwiegen sie ebenfalls - die meisten fanden vermutlich einen Schweigemarsch als den ihren Stimmungen angemessensten Ausdruck.

Daß viele der Ostermarschierer vermutlich von tiefer Resignation ergriffen sind, brachte der Beitrag des 80jährigen DKP-Mitgliedes Peter Giengold auf der Abschlußveranstaltung im

Dortmunder Fritz-Henßler-Haus schlaglichtartig zum Ausdruck:

Seine wiederholten beschwörenden Appelle, man müsse den Menschen "immer und immer wieder" in die Ohren schreien, daß nach den Erfahrungen des Faschismus von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen "darf", mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes, daß erneut deutsche Truppen im Ausland "als Friedenstruppen" im "Kampfeinsatz" eingesetzt werden dürften, sei "ein Tabu gebrochen" worden - sie trugen der Realität des heutigen deutschen Imperialismus, der weltweit seine aggressiven Pläne forciert, der seine Interessen weltweit auch militärisch durchsetzen will und seine Truppen dafür aufrüstet, wenig Rechnung.

Überhaupt hatte Giengold so seine Schwierigkeiten damit, zwischen den Interessen des Imperialismus und "uns", der Bevölkerung, den Menschen hierzulande, zu unterscheiden.

Mehrfach war ihm das alles eins: "Wir Deutsche sind wieder Kriegspartei", "unsere Soldaten sind im ehemaligen Jugoslawien stationiert" usw.

Doch seien wir milde in unserer Kritik: Giengold war immerhin so selbstkritisch festzustellen, daß es seiner Generation nicht gelungen war, die "Wurzeln" des Faschismus zu vernichten - doch auch in seiner Ostermarschrede wollte es ihm nicht wieder einfallen, was er als junger Kommunist sicher einmal gewußt hatte: daß es nämlich die Interessen der Konzerne sind, die den Krieg hervorbringen - nicht die Arbeiter, nicht die "Menschen in diesem Land", nicht "das deutsche Volk".

Und noch einige hatten bisweilen (ein wenig) Probleme: Die kurdischen GenossInnen nämlich bei der Übersetzung der Parole "Frieden schaffen ohne Waffen" - aber das ist "ein zu weites Feld".

Antifaschistischer Bund (AFB) Ruhrgebiet

KREIS RECKLINGHAUSEN - NACH WIE VOR HOCHBURG DES NEOFASCHISMUS

Nachdem die Polizei am 16. Februar in einer Razzia in mehren Städten des Kreises Recklinghausen gegen die "Kameradschaft Recklinghausen" vorgegangen war, erfolgte am 25. April eine erneute, noch umfangreichere Durchsuchungsaktion in zehn Städten des Kreises. Durchsucht wurden dabei 47 Wohnungen, 273 Polizeibeamte waren im Einsatz.

Dorsten und Schermbeck" ausgespart worden, hat anregen lassen, wollen wir dann doch eher bezweifeln.

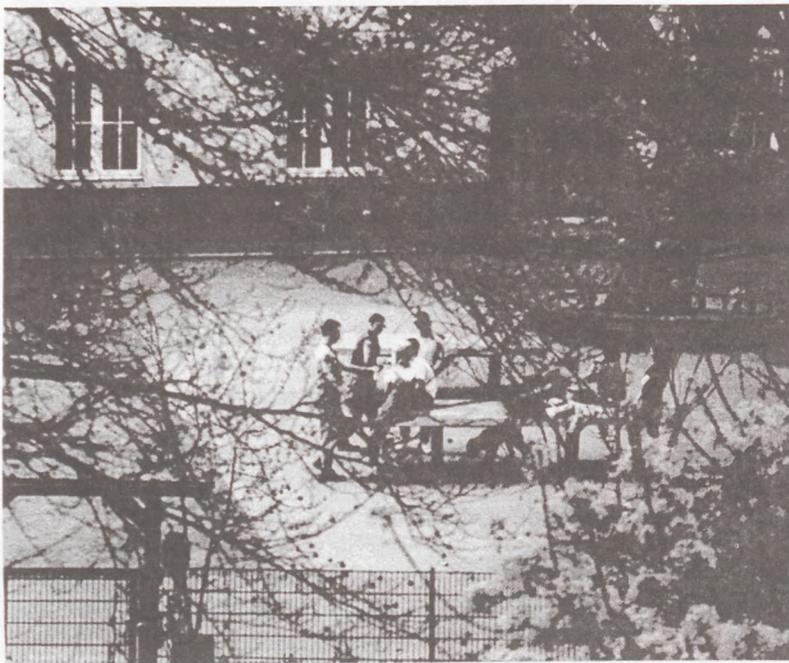
Wir schrieben es schon häufiger, und den AntifaschistInnen (und der Polizei auch) ist seit längerem bekannt, daß vor allem in Dorsten unter Führung der erst 17jährigen **Melanie Dittmer** ("Gismo") Neonazis verstärkt in der Jugend-Szene neofaschistische Wühlarbeit betrieben wurde.

soziale Strukturen z.T durch arbeitslose Jugendliche, z.T. durch Gymnasialschüler geprägt ist.

Faschos am 20. April

Anwohner der Innenstadt hatten z.B. am 20. April ("Führers Geburtstag") eine Gruppe von jugendlichen Neonazis beobachtet, die sich auf dem Schulhof des Recklinghäuser Gymnasium Petrinum breit machten und Spaziergänger durch Abspielen des "Horst-Wessel-Liedes" und Zeigen des "Führergrußes" provozierten. Die benachrichtigte Polizei kontrollierte allerdings nur die Personalien des "Führers" der Gruppe und ließ sie dann unbehelligt "weiterfeiern".

Auch die Tatsache, daß sich die FAP wie auch ihre Abspaltung, die "Ruhrfront", seit geraumer Zeit in "autonomen" Kleingruppen organisierte, ist von uns mehrfach berichtet worden, die Polizei muß dies immerhin inzwischen bestätigen.



Recklinghäuser Faschos feiern "Führers" Geburtstag

Ob sich die Recklinghäuser Polizeipräsidentin dabei vom Hinweis in der letzten Ausgabe der AntifaZ, bei der ersten Razzia sei vor allem "die eng mit Reber und Riefling zusammenarbeitende Gruppe von Nazi-Skins in

Was wohl die Polizei tatsächlich erst vor kurzem herausgefunden hat (wir wissen es auch erst in Ansätzen), ist die Tatsache, daß sich auch in der **Recklinghäuser Innenstadt** eine Nazi-Jugend-Szene etabliert hat, deren

Altnazis im Hintergrund

Daß die Recklinghäuser Altnazis **Schemeit** und **Plewka** gemeinsam mit **Riefling** und **Reber** "im Hintergrund" tätig sind, ist auch schon seit Jahren bekannt - es gerät nur allzu schnell immer wieder in Vergessenheit.

Die Recklinghäuser demokratische Öffentlichkeit hat vermutlich seit dem Verbot der FAP geglaubt, nun sei "der Spuk" beendet - das wird in den Presseerklärungen der Polizei ja auch immer wieder betont. Nach wie vor haben Polizei und Staatsanwaltschaft ein gesteigertes Interesse daran, die Gefahr des Neonazismus so weit wie möglich herunterzuspielen. Da ist es kein Zufall, wenn der faschistische Mörder Thomas Lemke inzwischen als geistesgestörter Spinner hingestellt wird, der allein "aus Rache" und aus "sexuellen Motiven" gemordet habe (siehe dazu auch die Berichterstattung in dieser Ausgabe). Als Beweis wird außerdem gewertet, daß er auch in der Nazi-Szene als "Außenseiter" gegolten habe.

Daß die Nazi-Szene tatsächlich eine Gefahr für die demokratische Öffentlichkeit darstellt, beweisen nicht zuletzt die umfangreichen Waffenfunde: "Gotcha-Waffen, Pistolen, Messer, Schlagwerkzeuge, eine Armbrust, eine Übungshandgranate" wurden gefunden.

Und der bewaffnete Mörder Thomas Lemke ist selbstverständlich ein Einzeltäter.

Wieso untersucht die Polizeipräsidentin nicht einmal, wie viele Neonazis eigentlich in der Polizei Recklinghausen aktiv sind, welche Kontakte zur "Kameradschaft Recklinghausen" in der Polizei bestanden haben (und noch bestehen)? Was ist eigentlich mit dem Beamten

den führenden Neonazis? Als Dieter Riefing in Oer-Erkenschwick türkische Jugendliche mit Gewalt vom Berliner Platz vertreiben wollte, war es schon sehr auffällig, wie vertraut er mit dem damaligen Polizei-Einsatzleiter Klaus Schlicht (heute beim Castrop-Rauxe-



Waffenfunde bei der Razzia (Quelle: RZ)

passiert, der zahllose Waffen aus der Asservatenkammer entwendet hat - in der Presse als harmloser "Waffennarr" dargestellt?

Neonazis und Staatsschutz
Warum wird das Präsidialbüro 2 nicht einmal gründlich unter die Lupe genommen - wie gut sind die Kontakte der untersuchenden Beamten zu

ler Staatsschutz) kooperierte, der sich für ein "Versöhnungstreffen" stark machte, bei dem sich selbst der Oer-Erkenschwicker Oberbürgermeister nicht zu schade war, gemeinsam mit Riefing auf einem Pressefoto zu posieren. Schon damals trug Riefing übrigens ein T-Shirt mit der Aufschrift "Kameradschaft Recklinghausen"

Der Staat hat kein Interesse an einem effektiven Vorgehen gegen die Nazis

"Wir prüfen, ob es Verstöße gegen das Waffengesetz gegeben hat. Das wäre für uns ein Strohalm, um zumindest einige Kameradschaftsmitglieder strafrechtlich stärker zu belangen.", erklärte Oberstaatsanwalt Günther Rüter.

Das Zitat spricht für sich. Es wird einfach davon ausgegangen, daß das Betreiben einer faschistischen Organisation auf Kreisebene, die Fortsetzung der verbotenen FAP, die Organisierung der faschistischen "Deutschen Liste" (DL) in Herten, der Aufbau und die Gründung faschistischer Verlage und Vertriebe wie der "Mjöltnir-Verlag", von Vereinen wie dem "Vestischen Sportaktivisten e.V." keine Straftatbestände seien. Das Herstellen und Vertreiben von faschistischen Propagandamaterialien - kein Straftatbestand.

Deshalb darf auch der faschistische Mörder Thomas L. kein organisierter Bestandteil der Nazi-Szene sein - man käme ja auf den naheliegenden Gedanken, daß die anderen zu ebensolchen Gewalttaten fähig sind - die Waffen dazu haben sie jedenfalls!

Es paßt genau in dieses Bild, wenn der Chef des Verfassungsschutzes von NRW, Baumann, ein verstärktes Vorgehen gegen die Neonazi-Szene ablehnt, weil *"unsere Gesellschaft sie als eine Art Hefe"* brauche - was hat er damit gemeint?

Ist es nicht die offene Selbstdarstellung eines Staates, das sehr genau weiß, daß die

Faschisten in ihren Grundzielen mit seinen Zielen weitgehend konform gehen? Front machen gegen Ausländer, Asylbewerber, Minderheiten, Arbeits- und Wohnungslose ("*asoziale Penner*"), Linke und Kommunisten ("*Rotfront verrecke*").

Faschos sind Hilfstruppen

Als "Hilfstruppen" hatte sie mal der Nazi F.J. Strauß bezeichnet - so sieht sie offenbar auch der Recklinghäuser Staatsschutz: als Hilfstruppen, die man bisweilen mal ein wenig bremsen muß, wenn sie politisch unklug agieren.

Wenn einer von ihnen als fünffacher Mörder und Faschist die Meinung der Öffentlichkeit auf gefährliche Weise dahingehend beeinflusst, im Neofaschismus doch eine stärkere Gefahr zu sehen, als dies der Staat ihnen ständig einbleut, dann muß bisweilen sogar zweimal nacheinander Razzia gemacht werden - strafrechtlich aber liegt leider gegen die Neonazis so gut wie gar nichts vor, da muß man schon nach jedem "Strohalm" greifen.

**Stephan W. Born,
Antifaschistischer Bund
(AFB) Recklinghausen**

Anzeige

Aus der Türkei	Aus Türkei-Kurdistan	Aus der BRD
<h1>Tatsachen</h1>		
<small>Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)</small>		
<p>2monatige Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)</p> <p>Beiträge zu den Themen</p> <ul style="list-style-type: none"> -AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus -Probleme der Antifa-Arbeit -Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan -aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan -kulturelle Aktivitäten -Internationale Solidarität <p>Einzelpreis: DM 2,50 + Porto Abonnenntenbedingungen: 10 Nummern 20,- DM + Porto 20 Nummern 40,- DM + Porto</p> <p>Zu bestellen bei: DIDF Jägerstr. 77 47166 Duisburg</p>		

Leserbrief

Liebe AntifaZ-Redaktion!

Ich war über die letzte Nummer der AntifaZ doch ziemlich enttäuscht. Zwar ist die Aufmachung besser geworden, aber der Inhalt läßt doch manches offen. Mit am besten ist noch - ehrlich gestanden - neben meinem Leserbeitrag - der Artikel zu Lübeck. Der hat wenigstens politisches Niveau. Auch der Überblick zur Kurdistanberichterstattung der deutschen Medien und das Interview sind recht informativ. Hierzu hätte allerdings auch ein Hintergrundbericht über die Entwicklung Äthiopiens, von der man ja hierzulande so gut wie nichts weiß, und den Besuch des deutschen Bundespräsidenten Anfang dieses Jahres nicht schaden können. Aber von Ihrem neuen Untertitel her hätte ich noch einiges mehr erwartet:

1. Sie haben zwar die Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Veranstaltung zum Titelthema Ihrer Zeitschrift ernannt, aber einen eigenen Beitrag der Redaktion dazu habe ich vermißt. Sie haben das alles nur irgendwoher zusammengeschrieben. War von Ihnen denn überhaupt niemand da? Sie haben ja nur Augenzeugenberichte gebracht, die schon woanders veröffentlicht worden waren. Aber vielleicht gehörte ja einer der Augenzeugen auch zu Ihrer Redaktion. Dafür aber wäre sein Beitrag dann viel zu spärlich ausgefallen. Besonders schlimm fand ich den Artikel aus dem früheren SED- und jetzigen

PDS-Organ Neues Deutschland, den Sie ohne jeden Kommentar abgedruckt haben. Besonders der Satz "Die Ehre der SPD, deren überragende Mitglieder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren, hielten Vertreter des Berliner Landesverbandes der Jusos hoch, sonst offiziell niemand", hat geradezu nach einem Kommentar geschrien. Was für eine Ehre soll das denn gewesen sein? War es denn nicht die SPD, die durch ihre Hetze für das Klima gesorgt hat, in dem diese beiden Gründungsmitglieder der KPD ermordet werden konnten. Danach drucken Sie dann eine Passage aus der in der DDR erschienenen und von der SED verantworteten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ab. Auch da wird mit keinem Wort auf die unheilvolle Rolle der SPD eingegangen. Zum Beispiel wird nicht gesagt, daß Karl Liebknecht das einzige SPD-Parlamentsmitglied zur Zeit des Ersten Weltkrieges war, das dem Kaiser die Kriegskredite durch sein Nein verweigert hatte, alle anderen fielen unter die Leute, die der Kaiser mit den Worten ansprach: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." Und selbst die Tatsache, daß Ebert und Noske führende Mitglieder der SPD nach 1918 waren, wird von Ihnen einfach

totgeschwiegen. (Eine derartige grobe Fälschung der Geschichte zeigt z.B. auch, wie wenig sozialistisch die SED noch war.) Was also für eine Ehre sollten da die Vertreter des Berliner Landesverbandes der Jusos noch hochhalten können? Aufgefallen ist mir, daß Sie zu Lenin kein Sterbenswörtchen gesagt haben, oder diente er bei der Veranstaltung nur als schmückendes Beiwerk?

2. Auch zur Vorbereitung des Newroz-Festes der Kurden hier war Ihre Berichterstattung ziemlich flach. So wird z.B. nicht mit einer Zeile darauf eingegangen, wie die Türkische Republik heute das Newroz-Fest umflügt, so als sei das nur ein Frühlingsfest, das allen Völkern gehört und mit den Kurden überhaupt nichts zu tun hat. So etwas haben sie dort auch mit dem 1. Mai versucht. Und zu Newroz in Deutschland hätten Sie ja auch noch mehr in Erinnerung rufen können, als Sie da gemacht haben. Ich habe einen Überblick darüber vermißt, was da in den letzten beiden Jahren in Deutschland an gegen das ganze deutsche Volk gerichteten Notstandsübungen abgelaufen war und wie das in der Öffentlichkeit "verarbeitet" worden ist. Den Polizeilügen, daß da vor zwei Jahren versucht worden sei, Polizisten in Brand zu stecken, haben Sie bis heute nichts entgegengesetzt, obwohl doch selbst die kritischen Polizisten das ganz anders beurteilen. Damals haben Sie auch noch Kritik an Selbstverbrennungen

kurdischer Menschen in Deutschland geübt. Heute macht das sogar der PKK-Chef höchstpersönlich, der das damals noch ganz anders beurteilt hat. Da wurden sie noch als Heldinnen gefeiert und ihre Bilder in Plakatgröße verkauft. Man hätte da wenigstens ein paar Worte der Selbstkritik von dem "Onkel" erwarten können. Haben Sie das eigentlich alles vergessen? Ihre Zeitung habe ich erst beim Ostermarsch bekommen, der ja durch die Teilnahme der Kurden gleichsam neubelebt worden ist, ohne daß allerdings das Wissen um den deutschen Beitrag zur Fortsetzung des Krieges in Kurdistan damit zum Gemeingut der Ostermarschierer geworden wäre. Ohne diese Beteiligung hätte der Ostermarsch, der ja nicht einmal in der Lage ist, die imperialistische Weltordnung als Hauptkriegstreiber sei es auf dem Balkan oder in Tschetschenien oder sonstwo auf der Welt namhaft zu machen, nur wie ein trauriges, seine Wunden leckendes Häuflein von Leuten ausgesehen, die nur an der Vergangenheit orientiert sind.

Inzwischen ist ja einiges mehr passiert, was Sie noch nicht berücksichtigt haben. So etwa die Androhung des PKK-Chefs Öcalan in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, mit lebenden Bomben zu operieren, wie es jetzt die Hamas in Palästina macht, die damit dem palästinensischen Volk schweren Schaden zufügt und auch nicht zu einer gleichberechtigten Verständigung mit dem jüdischen Volk beiträgt. Mich erinnert das an die

japanischen Kamikaze, die für ihren Freitod in einen Schinto-Himmel kommen wollten. In was für einen Himmel sollen denn die kurdischen Kamikaze kommen? Diese Märtyrer-Mentalität (auch wenn sie ein Ausdruck von Ohnmacht ist) müßte uns Antifaschisten zutiefst verdächtig sein. In Deutschland wird das natürlich in erster Linie als ein Angriff auf das Leben von friedlichen deutschen Türkei-Touristen vermarktet. Die angebliche Morddrohung gegen den deutschen Außenminister Kinkel dagegen war ja wohl nicht mehr als ein "Windei", wenn man die Verlautbarung der PKK dazu zur Kenntnis nimmt. Diese Schranze wollte offensichtlich nur "Männeken Wichtig" spielen. Als wenn die deutsche Rüstungsindustrie nur auf ihn und seine Schattenkriegs-Mafia angewiesen wäre.

Wie die Sache des kurdischen Volkes unserer Solidarität bedarf, so muß eine solche Solidarität zugleich kritisch mit dem umgehen, was von dem "Onkel" so alles in die Welt gesetzt und von vielen seiner Landsleute als eine Art Evangelium angenommen wird. Sicher sind von einer Horde wildgewordener Kurden zusammengeschlagene Polizisten nichts im Vergleich zu Freiheitskämpfern, denen türkische Soldaten die Köpfe abschneiden, aber Deutschland ist nicht Kurdistan. Es sieht wirklich nicht gut aus, wenn da zwei Leute am Boden liegen und zwanzig Leute auf

ihnen herumtrampeln, wie man das im Fernsehen sehen konnte. Ich glaube auch nicht, daß diese Bilder, die immer wieder genüßlich ausgebreitet wurden, aus einem Spielfilm stammen oder sonstwie "zusammengeschustert" wurden, vielleicht in der Reihenfolge vertauscht. Es ist dabei aber völlig egal, wer die Schuld trägt und ob die Polizei mit einem Streifenwagen zuerst oder erst nachher mitten in eine Menschenmenge gefahren ist. Beides ist zu verurteilen, aber die Polizei kann man hier nicht einfach abschieben, wohl aber kurdische Menschen. So ein Verhalten schadet auf jeden Fall dem kurdischen Volk und läßt sich auch nicht mit berechtigter Wut beschönigen. Bei einem Ihrer Reporter haben Sie ja selbst mitbekommen, wie so etwas ist. Dem Asylrecht hat das Verhalten dieser Schläger (die übrigens gleich wieder nach Holland verschwunden sind, wo sie vor deutschen Verfolgern sicher waren) auch schweren Schaden zugefügt, der sich nicht allein auf



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

kurdische Asylanten auswirken wird. Auf jeden Fall war das ein Eigentor. Man könnte fast auf den Verdacht kommen, da hätte sich der türkische Geheimdienst betätigt, wenn das nicht von Leuten aus dem PKK-Spektrum ausdrücklich gutgeheißen würde.

Ich hoffe, daß Sie meinen Leserbrief ganz abdrucken und dazu so Stellung nehmen, wie sich das für unabhängige Antifaschisten gehört.

NRS

Stellungnahme der Redaktion:

Lieber NRS!

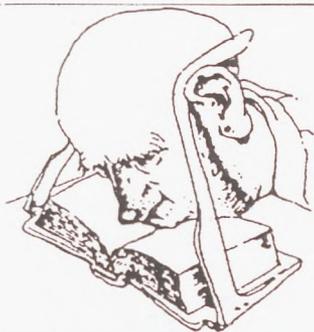
Wir haben uns über Ihre beiden Leserbriefe (und auch über den vor einem Jahr) sehr gefreut, denn zumindest von Ihnen haben wir so eine Rückmeldung zu unserer Arbeit, auf die jede Redaktion mit politischer Zielsetzung angewiesen ist. Mit Ihrer Kritik an unserer letzten Ausgabe treffen Sie auch sehr genau ins Schwarze. In der Tat waren einige unserer Mitarbeiter auch in Berlin, und von einem von ihnen stammen die Fotos zu

dem LLL-Artikel. Leider hat niemand von uns es geschafft, einen eigenen Bericht dazu zu schreiben. Ihre Schlußfolgerung betreffend die in der DDR herausgegebene Geschichte der Arbeiterbewegung schießt allerdings ein wenig über das Ziel hinaus. Dort wird schon deutlich gesagt, welche Rolle damals die SPD gespielt hat; nur bei der Auswahl des Zitates war uns nicht aufgefallen, daß sie darin nicht namhaft gemacht war, denn wir gingen wie selbstverständlich davon aus, daß jede(r) unserer Leser(innen) wissen würde, daß Ebert und Noske damals die SPD-Politik repräsentiert haben. Ebert hätte sogar am liebsten gar nicht die Republik ausgerufen, sondern das Kaiserreich erhalten; aber sein Parteifreund Scheidemann hatte begriffen, daß er mit diesem scheinrevolutionären Schritt Liebknecht zuvorkommen mußte, um so "die Revolte zertreten" zu können, wie es in einem Song auf diese Zeit zutreffend hieß: "Wir haben ihn gebilligt, den großen heiligen Krieg. Wir haben Kredite bewilligt, weil unser Gewissen schwieg", und weiter: "Dann fielen wir auf die Beine und

wurden schwarz-rot-gold. Die Revolution kam alleine. Wir haben sie nicht gewollt. ... Wir haben die Revolte zertreten, und Ruhe war wieder im Land. Das Blut von den roten Proleten, das klebt noch an unserer Hand." Bis heute hat sich die SPD-Politik des Einseifens der Arbeiter, indem man sie auf den Imperialismus als höchstmögliches Stadium der Menschheitsgeschichte orientierte, fortgesetzt. Siehe als letzten Clou etwa das "Bündnis für Arbeit", mit dem den Arbeitern und Armen hierzulande das Fell noch mehr über die Ohren gezogen werden soll. Dem Thema Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung und möglichen Konsequenzen daraus sowie entsprechenden Handlungsperspektiven müssen wir uns in Zukunft sehr viel stärker zuwenden, als wir das bisher getan haben. Wenn wir wirklich etwas bewegen wollen "in diesem unserem Lande", müssen wir mehrheitsfähige Perspektiven für unsere Gesellschaft entwickeln. Nur das kann revolutionär wirken. Ist das eine Antwort, die Sie zur Mitarbeit bewegen könnte?

Für die Redaktion

**BUCHLADEN
TARANTA BABU**



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Theater Kunst



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

Schluß mit dem Sozialabbau

Soziale Sicherheit für alle

Bundesweite Demonstration 15. Juni in Bonn

für

- ◆ Keine Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Renten und Löhnen.
- ◆ Keine Kürzungen bei Schulen, Hochschulen und Berufsbildung.
- ◆ Nein zu Bafög-Verzinsung und Studiengebühren. Keine Elitenbildung.
- ◆ Keine Kürzungen im Gesundheitswesen und sozialen sowie kulturellen Bereichen.
- ◆ Weg mit allen Sondergesetzen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, insbesondere dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- ◆ Bedarfsorientierte soziale Mindestsicherung und menschenwürdige, bezahlbare Wohnungen für alle.
- ◆ Für weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

- ◆ Qualifizierte Ausbildung und Übernahme in den erlernten Beruf.

Gleiche Rechte für alle!